

BLICKWINKEL

Politisches Magazin der AfD-Fraktion und
des AfD-Landesverbandes NRW



LANDESVERBAND NRW:
Deutschland. Aber normal.
AfD im Wahlkampfmodus

**Vier Jahre
Ministerpräsident Laschet
Eine Bilanz**

CORONA KOMPAKT:
Überlastung der
Gesundheitsämter

Alle reden vom Wetter.



Wir nicht.

JUNGE ALTERNATIVE NRW

Anzeige finanziert durch Spenden der MdL NRW

Markus Wagner, Andreas Keith, Sven W. Tritschler, Dr. Martin Vincenz, Christian Loose, Roger Beckamp, Iris Dworeck-Danielowski, Thomas Röckemann

V.i.S.d.P.: JUNGE ALTERNATIVE NORDRHEIN-WESTFALEN, CARLO CLEMENS, GLADBECKER STRASSE 5, 40472 DÜSSELDORF

Impressum

6. Ausgabe: Sommer 2021

Herausgeber: AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
Sven W. Tritschler, Stellv. Fraktionsvorsitzender
Platz des Landtags 1 · 40221 Düsseldorf

Mail: blickwinkel@afd-fraktion.nrw
Tel./ Fax: 0211 884-4546 · 0211 884-3182
Internet: www.afd-fraktion.nrw

Chefredakteurin: Diana Finsterle (V.i.S.d.P., Anschrift siehe Fraktionsadresse)

Autoren: Roger Beckamp, Dr. Christian Blex, Iris Dworeck-Danielowski, Andreas Keith, Maximilian Kneller, Christian Loose, Thomas Röckemann, Helmut Seifen, Herbert Strotebeck, Sven W. Tritschler, Dr. Martin Vincenz, Nic Vogel, Markus Wagner, Gabriele Wagner-Demolsky

Bild- und Grafiknachweise:

Alle Fotos, Grafiken und Illustrationen sind Eigentum der AfD-Landtagsfraktion NRW.

Illustrationen zum Titelthema: Alfred Zettler

Illustrationen: Robert Gorny, Götz Wiedenroth u. a.

Ausgenommen:

Seite 6: Alamy Stock Foto/ Esa Hiltula, Bild-ID: EYHGNP – Originalfoto bearbeitet/verfremdet
Seite 7: IMAGO/Günther Ortmann, Bild-Nr.: 0080900545
Seite 8: IMAGO/Reichwein, Bild-Nr.: 0078166057 – Originalfoto bearbeitet
Seite 10: picture alliance/dpa/Kay Nietfeld, Medien-Nr.: 119843264
Seite 12/13: Getty Images/EXTREME-PHOTOGRAPHER, Bild-Nr.: 509089188
Seite 24: picture alliance/ZB/Z6944 Sascha Steinach, Medien-Nr.: 225530112
Seite 30: IMAGO/imagebroker, Bild-Nr.: 0057932844
Seite 31: IMAGO/blickwinkel, Bild-Nr.: 0078928348 und Joern Sackermann/ Alamy Stock Foto, Bild-ID: 2BXRT9H (RM)
Seite 32: IMAGO/Rupert Oberhäuser, Bild-Nr.: 0078339876 und IMAGO/Westend61, Bild-Nr.: 0064861435
Seite 33: Stock-Fotografie/Clicknique, ID: 1013809484
Seite 37: IMAGO/Sven Simon, Bild-Nr.: 102576968

Für Grafiken und Fotos externer Urheber gelten deren jeweilige Lizenzfreigaben und Bestimmungen.

Alle Rechte vorbehalten!

Druckauflage: 19.000

Editorial

Liebe Leser,

Volksabstimmungen gehören zu den Kernforderungen der AfD. Auch wir als Fraktion arbeiten im Landtag darauf hin. Warum ist das so?

Weil wir dem Bürger etwas zutrauen, weil wir ihm vertrauen. Wer alle paar Jahre mit ein oder zwei Stimmen über ganze Parteiprogramme, Listen und Kandidaten entscheiden soll, der kann unseres Erachtens erst recht über Probleme von lokaler, regionaler oder auch nationaler Bedeutung befinden.

Die politische Klasse der alten Parteien vertraut hingegen den Bürgern nicht, will aber gleichzeitig, dass die ihren Entscheidungen vertrauen. Das ist nicht nur seltsam, sondern grundlegend verkehrt – diese Arroganz und Ignoranz machen wir nicht mit. Die Schweizer zeigen uns doch seit Jahrzehnten sehr gut, wie das geht. Natürlich gibt es auch dort Parteien, Parlamente und Regierungen auf der Bundesebene und in den Kantonen. Im Unterschied zu unserem Land aber sind die Bürger der Eidgenossenschaft mit Rechten ausgestattet, die es ihnen ermöglichen, korrigierend einzugreifen, wenn die Regierung sich zu stark vom Volk entfernt – direkt und ohne lange Märsche durch die Institutionen, auf denen so manche hehre Absicht verloren geht. Die Schweiz ist damit gut gefahren, es geht ihr ziemlich gut.

Eine Entsprechung findet dieser Gedanke auch in der parteiinternen Willensbildung. Auch hier setzen wir als Alternative für Deutschland auf größtmögliche Basisbeteiligung. Alle Mitglieder konnten online abstimmen und haben Alice Weidel und Tino Chrupalla gewählt, denen ich von ganzen Herzen Erfolg wünsche.

Welch ein Kontrast zu Armin Laschet und der CDU. Er wurde gegen die Parteibasis (die Friedrich Merz wollte) von den Funktionären zum Vorsitzenden gewählt. Dann wurde er gegen die Parteibasis (die Markus Söder wollte) zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU gewählt. Eine Beteiligung der Basis hat er offensiv abgelehnt und verhindert. Mit demselben Argument übrigens, mit dem er dem Bürger Volksabstimmungen verweigert: Angeblich können es Parteifunktionäre besser. Doch wir wissen: Das ist nur ein Scheinargument. Laschet hat die Mitgliederbeteiligung ver-



MARKUS WAGNER, MdL
FRAKTIONS-VORSITZENDER

hindert, weil er dabei verloren hätte. Und wie eine Volksabstimmung über die Frage der ungeschützten Grenzen ausfallen würde, das weiß er auch.

Die etablierten Parteien haben sich seit 70 Jahren eingerichtet und das hat Folgen. Obschon das Grundgesetz von einer bloßen Mitwirkung der Parteien spricht, haben sie von Sparkassen- und Rundfunkkräften bis zum Verfassungsschutz ihre Schäfchen im Trockenen. Ihr Einflussbereich wird immer größer, während ihre Mitgliederzahlen immer weniger werden. Neben der wachsenden Parteien- und Stiftungsfinanzierung werden Heerscharen an sogenannten NGOs mit Steuergeldern versorgt, die den vopolitischen Raum bearbeiten. Weltmeister in dieser Disziplin: die Grünen.

Hinzu kommt etwas Grundsätzliches: Der Ausleseprozess in Parteien fördert einen bestimmten Typus Mensch – denjenigen, der sich in der Partei durchsetzen und oben halten kann. Oft ist dieser Typ dann rundgelutscht, langweilig und nur mäßig lebenserfahren, denn er hat seit seiner Jugend neben Parteigremien und gerade noch der Uni kaum etwas vom „richtigen Leben“ gesehen. Und leider ist Erfolg in einer Partei nicht dasselbe wie die Befähigung zum Staatsmann. Auch das haben wir bei der „Auswahl“ der CDU erleben müssen.

Die Auswahl unserer Artikel auf den folgenden Seiten basiert auch auf Anregungen von Bürgern wie Ihnen. Ich wünsche Ihnen dabei Gewinn und Kurzweil. Empfehlen Sie uns gerne weiter.

*Ihr
Markus Wagner*

INHALT

Sommer 2021

Editorial S. 3

THEMEN

„Wolf im Schafspelz“?

Eine umstrittene Staatssekretärin möchte in den Bundestag S. 7

Konsequent gegen Clans S. 8–9

ANTIFA
Die Geißel der Nation S. 10–11

Die Entwaffnung
Legalwaffenbesitzer im AfD-Umfeld werden zunehmend Opfer von Behördenwillkür S. 12–13

1000 kleine Tode unserer Industrie
Der Fall Varta/Hawker S. 34–35

NATIONALES

Die schleichende Islamisierung
in deutschen Schulen zeigt Wirkung S. 6

Junge Elternschaft fördern S. 33

Flugtaxi
Der Verkehr der Zukunft? S. 36–37

TITELTHEMA

S. 14–17



VIER JAHRE
Ministerpräsident Laschet –
EINE BILANZ

Die Landtagsfraktion der AfD Nordrhein-Westfalen besteht aus 13 Abgeordneten, die eine große Bandbreite von Aufgaben und Themen im Bereich der Landespolitik bearbeiten. Wir könnten dies alles ohne unsere Referenten, Unterstützer und den Rückhalt der Partei nicht schaffen.

Deswegen möchten wir uns an dieser Stelle bei unseren Referenten bedanken, die neben der täglichen parlamentarischen Arbeit an der Fertigstellung der Blickwinkel-Ausgabe grundlegend beteiligt waren:

Christer Cremer, Jörg Feller, Dominic Fiedler, Tam Hong, Maik Klaus, Maximilian Kneller, Iwar Matern, Thomas Mayer-Steedte, Enxhi Seli-Zacharias, Lisa Kristin Radke, Dominik Zeitler u. a.

LANDESVERBAND NRW

Deutschland. Aber normal.
AfD im Wahlkampfmodus S. 18–19



Zeit der Entscheidung S. 20

Zwischenbilanz und Ausblick des Landesvorstands S. 21

WER WIR SIND

Ein rationaler Idealist
Im Gespräch mit Helmut Seifen S. 26–29

HEIMAT

So wohnen wir S. 30–32

KURZ NOTIERT

Kurznotizen
unserer Landtagsabgeordneten S. 38–39

CORONA KOMPAKT

Überlastung der Gesundheitsämter S. 22–23

Corona-Ausgaben
Wie lang geht das noch gut? S. 24

Naturschutz nach Augenmaß
Die Ursprünge des Corona-Virus verstehen S. 25



Thema
Naturschutz nach
Augenmaß



Im Gespräch mit Helmut Seifen

COMIC

Kanzlerträume
Folge 2 S. 40–41

EIN-THEMA-PARTEI

Ein-Thema-Partei AfD S. 42–43

IMPRESSUM

**Impressum/
Bild- und Grafiknachweise** S. 2

DIE SCHLEICHENDE ISLAMISIERUNG

in deutschen Schulen zeigt Wirkung

SYMBOLFOTO – QUELLE: ALAMY STOCK FOTO/ESA HITTULA
ORIGINALFOTO BEARBEITET/VERFREMDET

Seit Jahrzehnten wird die Politik vor die Herausforderung gestellt, auf den unauflösbaren Widerspruch zwischen den Glaubensüberzeugungen zugewanderter Muslime aus islamischen Staaten und den Vorgaben der freiheitlichen Verfassungs- und Gesellschaftsordnung in Deutschland zu reagieren.

Besondere Signalwirkung hatte die Ermordung und Entkopplung des couragierten französischen Geschichtslehrers Samuel Paty am 16. Oktober 2020. Mithilfe von Karikaturen des Propheten Mohammed aus der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ beabsichtigte Paty, eine Diskussion zum Thema Meinungsfreiheit in einer liberalen Demokratie zu führen. Dies bezahlte der Lehrer mit seinem Leben: Er zog den Hass und Zorn von Personen auf sich, die die Werte ihrer Religionsgemeinschaft absolut setzen und gehorsam jemand töten müssen, der sie ihrer Meinung nach missachtet.

Gegen die öffentliche Empörung über den Mord und zahlreiche islamkritische Beiträge formierte sich nur wenige Tage nach der schrecklichen Tat ein Demonstrationzug in Berlin-Neukölln, auf dem mit lautstarken „Allahu Akbar“-Rufen gegen eine angeblich islamfeindliche Politik in Deutschland und Europa protestiert wurde. Diese Kundgebung macht vor dem Tathintergrund in Frankreich zwar sprachlos – sie offenbart aber auch den maßlosen Zorn radikaler Islamisten in Deutschland auf unser Land und die westliche Welt.

Sympathisanten der Terrormiliz Islamischer Staat nur auf den Straßen oder auch im Klassenzimmer?

Bedeutsam für das Zusammenleben in unserem Land ist die Einordnung und Verortung solcher Meinungsäußerungen.

Hierbei kann uns eine repräsentative Schülerbefragung zur Zuwanderkriminalität helfen, die der Kriminalwissenschaftler Christian Pfeiffer 2015 in Niedersachsen durchführte. Die Ergebnisse wurden 2018 veröffentlicht: Von 10.638 befragten Schülerinnen und Schülern waren 500 Muslime, von denen 280 an der vollständigen Befragung teilnahmen. Trotz des geringen Anteils muslimischer Schüler stufen die Forscher die Ergebnisse nach üblichen Gütekriterien als berichtenswert ein.

Laut einem „WELT“-Artikel sind die Ergebnisse dieser Befragung durchaus brisant. So findet sich in Kapitel 4.1 „Extremismus und fundamentalistischer Islamismus“ die Information, dass fast 30 % der Befragten ihre Bereitschaft erklärten, für den Islam kämpfen zu wollen, wenn es denn verlangt wird. 27 % ziehen die Gebote der Scharia den Bestimmungen des deutschen Grundgesetzes vor. 8 % der jungen Muslime bejahen die imperialen Ziele der Terrormiliz IS, durch Gewalt einen islamischen Staat gründen zu wollen. Dem Expansionsgedanken des Islams stimmen über 18 % der jungen Muslime zu. Weiterhin teilen viele von ihnen das Empfinden, dass der Islam und die Muslime eine weltweite Unterdrückung erfahren.

Diese erschreckende Entwicklung ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Einer Ideologie, die solche Entwicklungen anstößt und fördert, muss auf allen Ebenen entschiedener und kompromissloser Widerstand entgegengesetzt werden.

HELMUT SEIFEN, MdL
WISSENSCHAFTS-, BILDUNGS- UND
SCHULPOLITISCHER SPRECHER

„WOLF IM SCHAFSPELZ“?

Eine umstrittene Staatssekretärin möchte in den Bundestag

Serap Güler (CDU), Staatssekretärin im Bereich Integration, möchte im September vom Landtag in den Deutschen Bundestag wechseln. Umfangreiche Recherchen in den letzten Jahren zeigen, dass es zahlreiche Anhaltspunkte für Bezüge zu islamistischen Organisationen gibt.

Schon vor Gülers Zeit als Staatssekretärin gab es auffällige Beziehungen zum „Deutsch-Türkischen Forum (DTF)“, der „Union der Vielfalt (UdV)“ und dem „Landesfachausschuss Integration und Vielfalt“. Die Recherchesammlung „Einfluss türkisch-islamischer Lobby-Organisationen auf die Politik der deutschen Parteien“ eines CDU-Politikers aus Gronau belegt, dass seinerzeit zum „DTF“ bzw. zur „UdV“ mehrere islamistisch beeinflusste Gruppierungen gehörten – darunter mit der Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe) und Milli Görüş gleich zwei Organisationen, die unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen. Ein prominentes Mitglied der UdV war Cemile Giousouf, die aktuelle Vizechefin der Bundeszentrale für politische Bildung. Stellvertreterin im Vorstand der „Union der Vielfalt“ war die heutige CDU-Staatssekretärin Serap Güler.

Bis Sommer 2019 unterstützte Frau Güler die Initiative „Speisen für Waisen“ der Wohltätigkeitsorganisation „Islamic Relief“. Sie ging erst auf Abstand, als der öffentliche Druck zu groß wurde. Zuletzt beteiligte sie sich zusammen mit dem Integrationsminister Joachim Stamp an einer Kampagne der Organisation CLAIM zum Thema „Antimuslimischer Rassismus“. Eine kleine Anfrage der AfD ergab, dass es bei drei Mitgliedsorganisationen im CLAIM-Netzwerk Anhaltspunkte für Bezüge zur Muslimbruderschaft gibt.

Wie Tichys Einblick im März berichtete, soll Frau Güler zumindest indirekten Einfluss auf eine Vergabeentscheidung des Integrationsministeriums für 489.000 Euro gehabt haben. Sie ist als Staatssekretärin für den Bereich „Integration“ zuständig und war maßgeblich in die spätere Kampagne „Einwanderungsland NRW – Gesichter der Integration“ involviert. Anderen Berichten zufolge ist die spätere Auftragnehmerin in der CDU Köln, eine gute Freundin der Staatssekretärin und bereits für ihre Landtagswahlkampagne verantwortlich gewesen.

Wie Recherchen im Umfeld der CDU Köln ergeben haben, gab es im Wahlkreis Köln/Leverkusen starke Widerstände gegen Gülers Kandidatur für den Deutschen Bundestag. Sie stehe ausschließlich für das Thema Zuwanderung und Migration. Ihr wird eine „linkspolitische Affinität“ sowie ein „Anbieten bei linksökologischen Gruppen und Milieus“ vorgeworfen. Man wolle sich „diese Erfahrungen“ ersparen, so der Vorstand der CDU Köln-Mülheim. Ihre Wahl als Bundestagskandidatin wurde dann folgerichtig im islamistischen Milli-Görüş-Umfeld sehr begrüßt.

Können das alles Zufälle sein? Wenn die Union jetzt auf Bundesebene fordert, staatliche Kooperationen mit und Finanzierungen von islamistisch beeinflussten Verbänden zu beenden, müssen auch die Aktivitäten der CDU-Staatssekretärin im Bereich Integration Serap Güler noch einmal kritisch beleuchtet werden.

GABRIELE WALGER-DEMOLSKY, MdL
STELV. FRAKTIONSVORSITZENDE
INTEGRATIONS- UND KULTURPOLITISCHE SPRECHERIN

SERAP GÜLER TRAT 2019 ALS GASTREDNERIN BEI DER „JUNGE ISLAM KONFERENZ“ IN BONN-BAD GODESBERG, AUF DER AUSGESTRECKTE ZEIGEFINGER ENTSTAMMT DEM KLASSISCHEN ISLAM UND IST AUSDRUCK DES GLAUBENS AN DEN EINEN, EINZIGEN GOTT. BESONDERS BELIEBT IST DER AUSGESTRECKTE ZEIGEFINGER ABER AUCH UNTER ANHÄNGERN DES ISLAMISCHEN STAATES. WAS FRAU GÜLER SICH DABEI GEDACHT HAT, WISSEN WIR NATÜRLICH NICHT.
QUELLE: IMAGO/GÜNTHER ORTMANN

KONSEQUENT GEGEN CLANS



SYMBOLFOTO – DUISBURG/MARXLOH
QUELLE: IMAGO/REICHWEIN, ORIGINALFOTO BEARBEITET

Immer wieder muss ich im Landtag zum Problem der Clan-Kriminellen sprechen. Der Grund: Schwarz, Gelb, Rot und Grün haben das Problem seit den 80ern importiert, wachsen und gedeihen lassen. Jetzt sind sie selbst erschrocken von ihrer Fehlleistung auf dem Rücken der Menschen.

Seit 40 Jahren wurden die heutigen Clans – bis 2015 vornehmlich Türken und Kurden, nun aus aller Herren Länder – als angebliche oder echte Flüchtlinge ins Land gelassen, oft sogar ganz ohne Papiere. Das Hauptoperationsgebiet der hochkriminellen Banden neben dem Failed State Berlin: Nordrhein-Westfalen.

Armin Laschets Landesregierung hat aus 40 Jahren nichts gelernt

CDU und FDP haben zwar „Nadelstiche“ verteilt, weigern sich aber beharrlich bei diesem Kriminalitätsphänomen den Faktor Migration zu benennen. Darauf könnte man bei Kriminellen aus dem Ausland eigentlich kommen. Armin Laschets Landesregierung hat aus 40 Jahren nichts gelernt. Schlimm ist: Es geht heute alles noch rasanter als in den 80ern, weil seit 2015 so schnell so viele von den Falschen in unser Land gelassen wurden. Die alten und neuen Clans erhalten damit ständig Nachwuchs. Libanesishe Clans bekommen dabei zunehmend Konkurrenz aus Syrien, Albanien und Nigeria.

Waren die Syrer und Afrikaner, die seit 2015 willkommen geheißen wurden, zunächst als Kleindealer für Araber unterwegs, kommt es nun zunehmend zu Abkopplungsprozessen. Falls Sie unsere Warnungen, für die wir als Hetzer und Rechtspopulisten diskreditiert wurden, für rassistisch und übertrieben halten – im Lagebild des LKA zur Clankriminalität ist es nachzulesen:

„Die kriminellen Angehörigen türkisch-arabischstämmiger Familienverbände sehen sich in den letzten Monaten einem Verdrängungswettbewerb um kriminelle Märkte ausgesetzt, der durch Personen mit Herkunft aus Syrien bzw. dem Irak forciert scheint. Diese konkurrierenden Gruppierungen werden [...] als besonders durchsetzungsstark und gewalttätig wahrgenommen.“

Der ständige Zustrom an Migranten aus den clanbildenden Milieus erzeugt eine Sisyphusarbeit für unsere Polizisten.

Es gibt fast keine Abschiebungen aus Clanstrukturen

Wird doch mal ein Krimineller festgesetzt, strömen über die ungesicherten Grenzen drei neue nach. Zudem zündet die nächste Eskalationsstufe, wenn Verteilungskämpfe zwischen den ethnisch begründeten Clans losgehen. Je mehr die etablierte Politik den Zufluss erhöht, umso weniger tut sie für den Abfluss: Es gibt fast keine Abschiebungen aus Clanstrukturen.

Dieses Versagen produziert Ausländerfeindlichkeit auch gegen diejenigen, die sich nichts zuschulden kommen lassen, die wir gern im Land haben und die gut assimilierte Staatsbürger sind. Was können wir tun?

Es wurde erkannt, „dass repressive Maßnahmen gegenüber notorisch kriminellen Clanmitgliedern nur geringen präventiven Einfluss entfalten.“

Erstens müssen wir unsere Grenzen schützen. Wir müssen wissen, wer da kommt. Wir müssen abweisen, wer unbefugt und mit unlauterer Absicht kommt. Zweitens müssen wir die polizeilichen Maßnahmen ausweiten, verstetigen und noch kleinteiliger, also für den Delinquenten unangenehmer machen. Drittens müssen Sozialämter und Jobcenter angehalten werden, auch bei staatlichen Teilleistungen öfter, genauer und härter zu kontrollieren. Viertens müssen Staatsanwälte angewiesen werden, im Regelfall bei milden Urteilen in Revision zu gehen. Fünftens muss dort gesetzlich nachgeschärft werden, wo es die Verfassung erlaubt, vom Entzug der Staatsbürgerschaft bis zum Strafrecht. Dabei geht es mir ausdrücklich nicht darum, wegen dieser Leute, die durch die Altparteien hier sind, die Freiheits- und Bürgerrechte für alle ungebührlich einzuschränken. Sechstens heißt es zu Abschiebungen im Abschlussbericht des Projekts „Kriminalitäts- und Einsatzbrennpunkte geprägt durch ethnisch abgeschottete Subkulturen“: Es wurde erkannt, „dass repressive Maßnahmen gegenüber notorisch kriminellen Clanmitgliedern nur geringen präventiven Einfluss entfalten. Deutliche generalpräventive und kriminalitätsbegrenzende Wirkungen gegenüber dieser Personengruppe dürften in erster Linie aufenthaltsbeendende Maßnahmen haben.“

Armin Laschet weiß es also selbst, handelt aber nicht danach. Wir werden danach handeln.

MARKUS WAGNER, MdL
FRAKTIONSVORSITZENDER
INNEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHER SPRECHER

ANTIFA

DIE GEISSEL DER NATION

Brennende Barrikaden, schwarze Rauchschwaden steigen über der Stadt empor, in Brand gesetzte Pkw, verletzte Polizeibeamte. Die Bilder des G20-Gipfels in Hamburg im Juli 2017 sind in bleibender Erinnerung. Sie zeigten eindrucksvoll das Potential gewaltbereiter linker Demonstranten und Extremisten, die gelegentlich verharmlosend als „Aktivisten“ bezeichnet werden.

Ähnlich Vorfälle gibt es allerorts. Auch in NRW

Im Jahre 2018 sollte die Ausweitung des Tagebaus Hambach vorgenommen werden, die noch unter der vorigen rot-grünen Landesregierung beschlossen wurde. Der Hambacher Forst wurde mit Baumhäusern durchzogen und damit die Rodungsarbeiten blockiert. Der Polizeieinsatz zur Räumung der widerrechtlichen Besetzung war einer der größten und längsten in der jüngeren Geschichte Nordrhein-Westfalens. Die zunehmende Gewalteskalation ging von Beleidigungen über Bedrohungen bis hin zum Ausschütten von Eimern und dem Bewurf von Polizeikräften mit Fäkalien. Hinzu kamen Brandstiftung und Sabotage von Räumungsmaschinen. Tragischerweise kam auch ein Journalist ums Leben, als er von einer eingebrochenen Hängebrücke hinabstürzte. Und nach Einstellung der Rodungsarbeiten durch RWE wurden 50 gefällte Bäume vorgefunden, die laut Polizeiangaben zur Herstellung neuer Baumhäuser durch die Besatzer gedient haben sollen!

Immer mit dabei: die sogenannte Antifa

Es handelt sich um unabhängig voneinander organisierte regionale Strukturen, die sich in ihrem Aufbau und auch ihrer Radikalität voneinander unterscheiden können. Verbindendes Element dieser Verbände ist vordergründig der Konsens einer Einreihung in die Tradition des Antifaschismus zur Bekämpfung des Faschismus.

Was genau hierbei als Faschismus angesehen wird, ist nicht einheitlich. Ursprünglich wurden Aktionen regelmäßig aus einem Akt des zivilen Ungehorsams heraus begründet, also als Handeln, das angeblich aus Gewissensgründen gegen die staatliche Ordnung vollzogen wurde. Vor allem diese bewusste moralisch überhöhte Begründung sollte rechtswid-

riges Handeln legitimieren. In der aktuellen Entwicklung ist dieser Grundsatz jedoch regelmäßig in den Hintergrund gerückt, wenn nicht sogar total verschwunden. So berichtet das Innenministerium Nordrhein-Westfalens von einer zunehmenden Anzahl an teilweise schweren Straftaten.

Führende Köpfe der AfD fordern seit Längerem ein Verbot der Antifa und der damit verbundenen Strukturen als kriminelle Vereinigung und die Verurteilung der Mitglieder für aus der Gruppe heraus begangene Straftaten. Allerdings fehlt es dazu am politischen Willen der Regierungsparteien.

Begründet wird die Ablehnung fadenscheinig mit der rechtlichen Definition, dass eine kriminelle Vereinigung besteht, wenn sich mindestens drei Personen organisiert zusammenschließen, um für eine längere Zeit Straftaten zu begehen, die eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellen. Da sich theoretisch jede Vereinigung selbst als antifaschistisch bezeichnen könne, sei die Eingrenzung als organisatorische Vereinigung schwierig. Es gäbe zudem keinen Dachverband der Antifa, der als Organisation herangezogen werden könne – als wenn es eines Dachverbands der RAF bedurft hätte, um die Terrororganisation zu verbieten.

Tatsächlich gibt es viele Anknüpfungspunkte zwischen Antifa und Politik. So twitterte die SPD-Vorsitzende Saskia Esken am 1. Juni 2020 folgenden Text: „58 und Antifa. Selbstverständlich“. Auch Ska Keller (Grüne) war sich nicht zu schade, sich mit einem Antifa-T-Shirt im EU-Parlament abbilden zu lassen. Renate Künast (Grüne) forderte gar im Deutschen Bundestag eine dauerhafte staatliche Finanzierung für deutsche Antifa-Gruppen.

Der Fisch beginnt am Kopf zu stinken. Solange es die Wähler zulassen, dass führende Politiker sich mit Antifa-Gruppen gemein machen, wird die Antifa einfach so weitermachen und Angst und Schrecken verbreiten.

THOMAS RÖCKEMANN, MDL
RECHTSPOLITISCHER SPRECHER

SYMBOLFOTO – TEILNEHMER DER „REVOLUTIONÄREN 1. MAI-DEMONSTRATION“ HALTEN EIN BANNER MIT DER AUFSCHRIFT „DER KAMPF GEHT WEITER - RAF BERLIN“ – 01. MAI 2019, QUELLE: PICTURE ALLIANCE/DPA | KAY NIETFIELD

DIE ENT-WAFF-NUNG

Legalwaffenbesitzer im AfD-Umfeld werden zunehmend das Opfer von Behördenwillkür

Aus dem Nichts erhielt Zacharias Schalley, AfD-Mitglied aus dem Rhein-Kreis Neuss, im September 2020 ein Schreiben von der Kreispolizeibehörde. Er ist verheiratet, hat gerade sein Masterstudium abgeschlossen und ist noch nie mit dem Gesetz in Konflikt geraten.

Schalley hatte als Sportschütze seit 2009 eine Waffenbesitzkarte und war Eigentümer zweier Kleinkaliberpistolen. Ähnlich erging es Karsten Ebert, AfD-Ratsherr aus Duisburg. Er ist Inhaber eines Kleinen Waffenscheins, darf also eine Schreckschusswaffe führen.

In beiden Fällen berufen sich die Behörden auf das Waffengesetz, laut dem die erforderliche „waffenrechtliche Zuverlässigkeit“ nicht bestehe, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Betroffenen Mitglied in einer Vereinigung waren oder sind, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das friedliche Zusammenleben der Völker richtet. Wie man mit Kleinkaliber das Grundgesetz oder den Weltfrieden in Gefahr bringen kann, erklärten die Waffenbehörden nicht. Gleichwohl teilten sie den beiden Betroffenen mit, dass beabsichtigt sei, sie zu entwaffnen.

Im Fall Schalley wird die Verfassungstreue angezweifelt, weil er Beisitzer im Landesvorstand der Jungen Alternative (JA) ist und sich als Redakteur des Mitglieder magazins „Distel“ betätigt. Außerdem habe er als Leiter der JA-Arbeitsgruppe „Umwelt und Klima“ einem „neurechten“ Magazin ein Interview zu Umweltthemen gegeben. Bei Ebert reichte die Unterzeichnung einer Online-Petition, die sich gegen Parteiausschlussverfahren richtete. Daraus konstruierten die Beamten eine Mitgliedschaft beim längst aufgelösten „Flügel“.

In beiden Fällen wurde eine konkrete Betätigung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder die Völkerverständigung nicht nachgewiesen. Vielmehr reichte eine Kontaktschuld – und da schaut man nicht sehr genau hin. So hat NRW-Innenminister Reul auf Nachfrage der AfD-Fraktion unmissverständlich klargestellt: „Der Landesverband der Jungen Alternative NRW ist kein eigenständiges Beobachtungsobjekt des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes“ (LT-Drs. 17/12264). Trotzdem versuchen seine Beamten, JA-Funktionären ohne individuelles Fehlverhalten ihre Waffenbesitzkarten zu entziehen.

Der Kölner Verwaltungsrechtsexperte Prof. Ralf Stark vertritt Schalley, dessen Waffenbesitzkarte trotz ausführlicher Stellungnahme widerrufen wurde, vor dem Verwaltungsgericht. Stark führt in seinem Schriftsatz aus: „Nicht jedwede Betätigung (...) löst die Feststellung der Regelunzuverlässigkeit aus. Vielmehr muss die Schlussfolgerung erlaubt sein, dass die Waffe zukünftig gegen die Rechtsordnung eingesetzt wird. (...) Von solcherlei Bestrebungen kann vorliegend nicht ansatzweise die Rede sein.“

Der Freistaat Bayern geht sogar noch weiter: Hier konnte nach erfolgter Akteneinsicht festgestellt werden, dass das „Landesamt für Verfassungsschutz“ von sich aus die Waffenbehörden anschreibt. Das traf auch Rüdiger Imgart, Rechtsanwalt, AfD-Mitglied und Richter am Bayerischen Verfassungsgerichtshof! Ihm wurde u. a. der Besuch einer Veranstaltung mit Björn Höcke vorgeworfen. Zudem beschäftigte sich der „Verfassungsschutz“ intensiv mit seiner Facebook-Seite und konstruierte aus kritischen Beiträgen verfassungsfeindliche Bestrebungen.

Sogar der Slogan „Hol Dir Dein Land zurück“ war den bajuwarischen „Verfassungsschützern“ verdächtig. Richter

Imgart wehrte sich mit einer ausführlichen Stellungnahme, woraufhin die zuständige Behörde einen Rückzieher machte und kleinlaut eingestand, „dass aus dem uns vorliegenden Sachverhalt [eine waffenrechtliche Unzuverlässigkeit] nicht gefolgert werden kann“. Inzwischen vertritt Imgart mehrere bayerische JA-Mitglieder, die systematisch von Waffenbehörden angegangen werden.

Das alles ist nicht nur Teil einer Kampagne gegen Bürger aus dem AfD-Umfeld. Vielmehr gelten gerade den Grünen alle Legalwaffenbesitzer als verdächtig. In ihrem Programm entwurf zur Bundestagswahl heißt es: „Den privaten Waffenbesitz tödlicher Schusswaffen wollen wir weitestgehend beenden.“ Dabei steht zweifellos fest, dass Legalwaffenbesitzer in der Kriminalitätsstatistik keine nennenswerte Rolle spielen (siehe unsere Große Anfrage, LT-Drs. 17/9883). Von Fakten lassen sich die Grünen aber natürlich nicht stören und so führen sie den Feldzug gegen Patrioten und Legalwaffenbesitzer – unter Duldung oder Mitwirkung der anderen Altparteien – weiter.

SVEN W. TRITSCHLER, MdL
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER
JAGDPOLITISCHER SPRECHER

4 VIER JAHRE Ministerpräsident Laschet – EINE BILANZ

Mal gibt er den Volksverstehler, spricht mit Bezug auf Corona von Lockerungen und „erfundenen Grenzwerten“, die er bei den Bund-Länder-Beschlüssen aber selbst stets mitgetragen hat – dann ist er plötzlich für scharfe Maßnahmen und den eigens von ihm erfundenen „Brücken-Lockdown“.

Bereits in der Vergangenheit brillierte der „Märchenonkel“ aus Aachen mit einer lebhaften Phantasie. Mal soll er seinen Lebenslauf aufgehübscht haben – es gab Wirbel um seinen umstrittenen Lebenslauf als Journalist, mal dachte er sich Noten aus, nachdem ihm bei seiner Lehrtätigkeit an der RWTH Aachen ein Stapel Klausuren verloren gegangen war. Schon damals gelang es ihm sich mit Worthülsen aus der Verantwortung zu ziehen. Der Noch-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen erweist sich also nicht erst in Corona-Zeiten als wankelmütiger Luftikus. Dabei sollte man seinen Schlingerkurs keinesfalls mit Kompromissbereitschaft verwechseln. Vielmehr handelt es sich hierbei um eine Sowohl-als-auch-Einstellung, deren konturlose Vertreter das Aussitzen von Problemen als probates Mittel der Politik begreifen. Dieser die Ära Merkel prägende Politikstil hat sich zwar abgenutzt, wird jedoch dank Laschets Kanzlerkandidatur womöglich auch weiterhin das politische Tagesgeschäft der ganzen Bundesrepublik bestimmen. Ein Neubeginn sieht wahrlich anders aus.

WAS WÄRE VON EINEM KANZLER LASCHET ZU ERWARTEN, DER DIE AfD – WIE ER SELBST SAGT – „BIS AUFS MESSER“ BEKÄMPFEN WILL?

Umso mehr lohnt ein Blick auf die bisherige Bilanz des seit 2017 amtierenden Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen. Was wäre von einem Kanzler Laschet zu erwarten, der die AfD – wie er selbst sagt – „bis aufs Mes-

ser“ bekämpfen will? Aus seinem zweifelhaften Demokratieverständnis machte er im April jedenfalls keinen Hehl: „Diese Partei darf in keinem deutschen Land und erst recht nicht in der Bundespolitik irgendeinen Einfluss auf politische Gestaltung haben. Im Gegenteil, sie gehören nicht in deutsche Parlamente.“ Doch woher kommt diese Verachtung einer demokratischen und von Millionen Wählern legitimierten Partei? Ob das mit den Pleiten des Kabinetts Laschet zu tun hat, die die AfD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag seit nunmehr vier Jahren erfolgreich aufdeckt?

Bereits als Minister für Integration im Kabinett Rüttgers widersprach Laschet 2005 der vielfach geäußerten Befürchtung, dass eine verfehlte Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland zu französischen Verhältnissen führen könne, wo es in Vororten regelmäßig zu Aufständen radikalierter, muslimisch-afrikanischer Jugendlicher kommt. Man wolle keine Parallelgesellschaften oder Ghettos, so Laschet, sondern „Städte, in denen auch eine gewisse Vielfalt zur Realität gehört“. Diese Realität holte Deutschland im Sommer 2020 ein: In Frankfurt und Stuttgart kommt es nach nächtlichen Ausschreitungen eines enthemmten Mobs – von den Medien politisch korrekt „Party- und Eventszene“ genannt – zu Gewalt gegen Polizeibeamte. Doch auch in NRW herrscht heute Vielfalt, zumindest was gefährliche Orte angeht: So haben Anfragen der AfD-Fraktion ergeben, dass mittlerweile von insgesamt 44 Kriminalitäts-Hotspots und No-Go-Areas auszugehen ist. Allein Dortmund ist mit über 100 Straßen vertreten.

Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit offenbart sich beim Blick in den Koalitionsvertrag von CDU und FDP. Hier ist unter anderem von der Anwerbung qualifizierter Fachkräfte mithilfe eines Punktesystems die Rede. So heißt es: „Zuwanderung in unsere Sozialsysteme werden wir vermeiden.“ Die versprochene Einführung eines Anfor-

WEITER ►





derungs- und Bewertungskatalogs für Einwanderer wurde allerdings nie umgesetzt. Stattdessen besteht die Zuwanderung von Armutsflüchtlings ins Sozialsystem bis heute fort: Lag der Ausländeranteil unter den Hartz-IV-Empfängern 2014 noch bei 26 Prozent, so stieg er bis 2019 auf 38 Prozent, davon 170.000 Syrer. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Laschet schon längst neue Wählerschichten für seine CDU ausgemacht hat: „Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte“.

LAUT CREDITREFORM IST DIE INSOLVENZGEFAHR FÜR UNTERNEHMEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN GRÖßER ALS IN FAST ALLEN ANDEREN BUNDESLÄNDERN

Falsche Versprechen auch in puncto Wirtschaft: So sprach der Koalitionsvertrag anfangs noch großspurig von der Sicherung der Stellung als Weltmarktführer in den Bereichen Maschinen- und Anlagenbau, Elektro und Automobil. Leere Worte, denn seither mussten zahlreiche Unternehmen ganz oder teilweise schließen. Betroffen sind sogar Wirtschaftsriesen wie Thyssen und Continental. Laut Creditreform ist die Insolvenzgefahr für Unternehmen in Nordrhein-Westfalen größer als in fast allen anderen Bundesländern. Lediglich die links-grün regierten Stadtstaaten Berlin und Bremen stehen noch schlechter da. Eine weitere Gefahr für heimische Arbeitsplätze stellt die Verlagerung der Produktion ins Ausland dar. Jüngstes Beispiel: der Autozulieferer Hella aus Lippstadt. Die Abwanderung heimischer Unternehmen nach Rumänien oder Polen ist mitunter hausgemacht, denn dort locken günstigere Strom- und Produktionskosten.

Ob der schwarz-gelben Landesregierung bewusst ist, dass sie sich durch ihre „Energiewende“ zur Erfüllungsgehilfin der grünen Deindustrialisierung macht? Fakt ist: Die im Koalitionsvertrag festgelegte „Transformation zu einer CO₂-effektiven Produktionswirtschaft“ beschert uns die höchsten Strompreise in Europa und kostet Arbeitsplätze. Dabei hatte Laschets Koalition 2017 noch von „bezahlbaren Energiepreisen“ gesprochen, „um führendes Industrieland auch für energieintensive Industrien zu bleiben und Wertschöpfungsketten zu erhalten“.

Neben der Erhaltung von Arbeitsplätzen hatte sich Laschet die Bekämpfung der Armut auf die Fahnen geschrieben. Herausgekommen ist das genaue Gegenteil: Der vom Pa-

ritätischen Wohlfahrtsverband publizierte „Armutsbericht 2020“ bescheinigt dem bevölkerungsreichsten Bundesland eine Armutsquote von 18,5 Prozent. Die Quote liegt damit nicht nur 2,6 Prozent über dem Bundesschnitt, sondern hat sich seit 2006 sogar um 4,6 Prozent erhöht.

Ebenfalls tatenlos ist die Landesregierung beim Thema Grunderwerbsteuer für Familien geblieben, obwohl CDU und FDP in ihrer Oppositionszeit eine Senkung gefordert und nach der Wahl sogar im Koalitionsvertrag fixiert hatten. Hier war noch die Rede von einem Freibetrag in Höhe von 250.000 Euro pro Person. Doch mittlerweile ist mit einer Absenkung zugunsten der Bürger kaum noch zu rechnen. Dabei erhebt NRW bereits den fünfthöchsten Steuersatz in der Bundesrepublik. Leidtragende sind vor allem junge Familien, denen es angesichts explodierender Wohnmarktpreise unmöglich gemacht wird, Wohnraum zu schaffen.

2019 BEFANDEN SICH 72.749 AUSREISEPFLICHTIGE UND 59.514 GEDULDETE IN NRW – RÜCKGEFÜHRT WURDEN ABER NUR 4.848

Selbst die Kampagne gegen Clankriminalität erweist sich nach näherer Betrachtung als Rohrkrepieler. Denn bei der Polizei herrscht weiterhin akuter Personalmangel und viele Clanmitglieder sind längst deutsche Staatsbürger, sodass Abschiebungen nicht in Betracht kommen. Bei denen, die abgeschoben werden könnten, wird es dadurch verhindert, dass Verwaltungsgerichte aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens infolge des Flüchtlingszustroms ausgelastet sind. Damit wird ein weiteres Versprechen des Koalitionsvertrags konterkariert, nämlich „Ausreisepflichtige zügig in ihre Herkunftsländer zurückzuführen“. 2019 befanden sich 72.749 Ausreisepflichtige und 59.514 Geduldete in NRW, rückgeführt wurden aber nur 4.848. Die Null-Toleranz-Politik von Innenminister Herbert Reul scheint zudem nicht für religiöse Extremisten zu gelten, wenn Graue Wölfe und Muslimbruderschaft weiterhin schalten und walten dürfen.

Fazit: Die bisherige Laschet-Bilanz enttäuscht nicht nur auf ganzer Linie. Sie beweist: Nicht überall, wo „Kanzlerkandidat“ draufsteht, ist auch „Kanzler“ drin.

ANDREAS KEITH, MDL
PARL. GESCHÄFTSFÜHRER
SPORT- UND FORSTPOLITISCHER SPRECHER



Mein Unternehmen ist nicht im DAX.

Sondern in Deutschland.

Unseren Mittelstand stärken.

**Deutschland.
Aber normal.**

AfD

DEUTSCHLAND. ABER NORMAL.

AfD im Wahlkampfmodus

„Normal“, so soll Deutschland wieder werden, wenn es nach der AfD geht. „Normal“, das ist ja irgendwie nicht spannend. Wenn man schaut, was andere Parteien den Bürgern so im Wahlkampf auftischen, von Flugtaxis über EU-Superstaat bis hin zum Diesel-Fahrverbot, dann zeigt sich: Normal ist im Wahlkampf eigentlich nicht gefragt.

Allerdings gilt auch: Wenig haben wir in den letzten zwölf Monaten so schmerzlich vermisst wie Normalität und Dinge, die man sonst oft für selbstverständlich genommen hat. Als Partei sind wir der Überzeugung, dass es genau diese Dinge sind, die den Bürgern auch zustehen: Familienbesuche, Ausflüge, Autofahrten, nächtliche Spaziergänge oder der Besuch eines Geschäfts, Kinos oder einer Gaststätte. Über keine dieser Sachen sollte der Bürger dem Staat Rechenschaft ablegen müssen und keine dieser Aktivitäten sollte an Bedingungen gekoppelt sein, schon gar nicht an so individuelle Entscheidungen wie eine Impfung.

Längst sagen führende Wissenschaftler, dass beim Lockdown Kosten und Nutzen in keinerlei gesundem Verhältnis stehen. Längst merkt man – nicht zuletzt durch Aktionen wie #allesdichtmachen –, dass die Bürger die Nase voll haben. Establishment-Politiker werden seit einem Jahr nicht müde im Zwei-Wochen-Takt die üblichen Durchhaltefloskeln runterzubeten. Wir befänden uns gerade jetzt in der „schwierigsten Phase der Pandemie“ und man müsse sich jetzt nur über den Herbst über Weihnachten bis zum Frühling über Ostern bis Juli „zusammenreißen“, um seine Bürgerrechte dann wiederzuerlangen – das wiederholen sie immer wieder und merken dabei nicht, dass sie es sind, die jeden Bezug zur Normalität verloren haben.

„Deutschland. Aber normal.“ ist somit auf den Punkt gebracht, was wir fordern, und das nicht nur in Corona-Fragen. Wir halten auch andere Dinge für normal, die diese Regierung längst nicht mehr gewährleisten kann:

- Sichere Straßen und Plätze in den Städten
- Keine generellen Tempolimits auf Autobahnen
- Ländliche Regionen, die lebenswert bleiben
- Keine EU-Schuldunion
- Sichere Grenzen
- Konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger Asylbewerber
- Absicherung im Alter für Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben

Dies sind nur einige der Punkte, für die die AfD sich seit jeher mit dem Mut zur Wahrheit stark macht, die wir nicht rechts oder links, nicht konservativ, liberal oder sozialistisch, sondern einfach nur normal finden. Genauso normal übrigens wie Menschen, die in dieses Land kommen, sich hier integrieren, sich an die Gesetze und die deutsche Leitkultur halten und sich so eine Existenz aufgebaut haben. Nicht umsonst wählen Deutsche mit Migrationshintergrund in großer Zahl die AfD. Wir sind die Partei der Anständigen, auch der anständigen Zuwanderer.

„Normal“ – das ist auch eine konservative, freiheitliche Partei im deutschen Bundestag. Die AfD geht als solche geschlossen und stark in den Wahlkampf. Die Mitglieder sind motiviert und voller Vorfreude. Endlich geht es wieder los, endlich ist wieder richtig Wahlkampf. Für Deutschland. Aber normal.

Im Vergleich zu den etablierten Parteien haben wir nach wie vor keine Chancengleichheit, was die Wahlkampf-Infrastruktur angeht. Zeitungen lehnen unsere Anzeigen ab, Linksextreme greifen unsere Stände an oder zerstören unsere Plakate. Helfen Sie uns dabei, die AfD in diesem wichtigen Wahljahr so sichtbar wie möglich zu machen! Spenden Sie beispielsweise ein Plakat in Ihrem Ort (<https://www.afd.de/plakatspendeshop/>) oder eine beliebige Summe (JEDE Spende hilft): <https://www.afd.de/spenden/>. Danke für Ihre und Eure Mithilfe.

ANDREAS KEITH, MdL
MITGLIED DES LANDESVORSTANDS



**Die Welt retten?
Fangen wir mal mit Deutschland an.**

**Deutschland.
Aber normal.**

AfD

ZEIT DER ENTSCHEIDUNG



Jeder von uns spürt die Unruhe in unserem Land. Die Dinge sind nicht mehr in der Waage. Und auch wenn es schwer ist, dieses Gefühl exakt zu bestimmen: Die Menschen täuschen sich nicht! Vieles stimmt nicht mehr in Deutschland. Schlimmer jedoch ist: Kaum jemand vermag noch hoffnungsfroh in die Zukunft zu blicken.

Ist das jetzt Angstmacherei? Die Regierung antwortet darauf klar mit „Ja“. Denn ihre Statistiken melden uns jede Woche, dass es „den Deutschen noch nie so gut ging wie heute“. Aber woran messen die Regierungsstatistiker unser „Glück“? An den vielen Konsumgütern in unseren Wohnungen, die fast nur noch in China produziert werden? An der nur langsam steigenden Arbeitslosenquote, erkaufte mit Kurzarbeit, Insolvenzverschiebungen und gigantischen Gelddruckprogrammen? Oder an der Inflation, die bisher nur Immobilien, Wertpapiere und Rohstoffe erfasst hat? Richtig wäre es, die Regierung würde ihre Arbeit machen. Denn die Menschen wissen selbst am besten, wie sie sich fühlen.

Die Menschen spürten, dass der Staat Grenzen überschreitet

Mit dem Infektionsschutzgesetz verabschiedete die Bundesregierung Ende April die größte Einschränkung der Grundrechte seit den Notstandsgesetzen von 1968. Auch hier spürten die Menschen, dass der Staat Grenzen überschreitet. Der Widerstand im Land war groß, damals wie heute. Und damals wie heute stand die „Vernunft“ der Regierenden gegen das „falsche Gefühl“ der Bürger. Denn schließlich, so das „Corona-Kabinett“ der Bundeskanzlerin, schützen uns die Grundrechtseinschränkungen vor Krankheit und Tod. Autorität hat immer einen edlen Grund. Au-

torität sagt nie: „Ich will mehr Macht, um meinen Willen besser durchsetzen zu können.“

Der Ausverkauf unserer nationalen Gesetzgebung nach Brüssel schreitet seit Jahren unaufhaltsam voran.

Die Bundesregierung kann jetzt unsere Bewegungsfreiheit einschränken, wenn der Inzidenzwert passt. Das ist nicht der erste Griff nach unseren Grundrechten. Der Ausverkauf unserer nationalen Gesetzgebung nach Brüssel schreitet seit Jahren unaufhaltsam voran. Dort werden jetzt Schulden in nie da gewesener Höhe gemacht. Der Großteil geht nach Spanien und Italien. Darüber mitbestimmen können wir nicht. Die Regierung schränkt damit unser Recht auf finanzielle Selbstbestimmung ein. Und natürlich spüren die Leute, dass das nicht gutgehen wird. Wer aber Verschuldung kritisiert und Inflation befürchtet, wird als „Anti-Europäer“ diffamiert. Wer das Infektionsschutzgesetz ablehnt, heißt „Corona-Leugner“. Es ist dasselbe Prinzip wie schon bei der Klima- und Ausländerpolitik: Entweder ist man voll auf Regierungslinie oder man gilt als Abtrünniger und landet in der gesellschaftlichen Verbannung. Das ist die subtile Methode autoritärer Staaten. Grundrechtseinschränkungen wegen des Klimawandels oder neuer Flüchtlingsströme sind die logische Konsequenz.

Es ist Zeit, Widerstand zu leisten. In den Parlamenten und auf der Straße.

Denn Grundrechte sind Bürgerrechte. Sie schützen die Menschen gegen den übergriffigen Staat und nicht umgekehrt. In einem freien Land müssen diese Rechte weder begründet noch „verdient“ werden. Doch von Zeit zu Zeit müssen sie verteidigt werden.

Am 26. September ist die Gelegenheit für jeden Wähler, seine Grundrechte zu verteidigen. Geben Sie Ihre Stimme der Alternative für Deutschland und entscheiden Sie sich damit für die Freiheit Deutschlands und jedes Deutschen. Sie haben ein Grundrecht auf eine gute Zukunft.

RÜDIGER LUCASSEN, MdB
LANDESSPRECHER NRW

ZWISCHENBILANZ UND AUSBLICK DES LANDESVORSTANDS

Im Dezember 2019 traf sich der neue Vorstand der AfD Nordrhein-Westfalen zu seiner konstituierenden Sitzung mit konkreten Plänen für seine Amtszeit. Dabei wurden alle Quoten erfüllt: Es waren drei Frauen dabei und auch drei Mitglieder mit Migrationshintergrund (Norddeutschland und Franken).

Ein strategisches Ziel war es, die Professionalisierung der Landesgeschäftsstelle und auch der Gliederungen weiter voranzutreiben. Dem neuen Landessprecher Rüdiger Lucassen war es wichtig, dass jeder im Vorstand und in der Geschäftsstelle seine Zuständigkeit weiß und entsprechend erfüllt. Der Ausbau des Mitarbeiterstabes mit Klaus Esser als Landesgeschäftsführer bildet das Fundament dafür, dass sich der Landesvorstand auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren kann.

Michael Schild wurde die Zuständigkeit für die Mitgliederaufnahme übertragen, Matthias Helferich die Betreuung der Kreisverbände und Kommunalfraktionen. Die fünf Regionalbeauftragten für die Regierungsbezirke sind neben Lucassen, Schild und Helferich Martin Schiller und Petra Schneider für Köln bzw. Arnsberg. Fabian Jacobi ist verantwortlich für Satzungsfragen und die Geschäftsordnung, außerdem für die Schulung von Versammlungsleitern vor den Kommunalwahlen und der Bundestagswahl. Andreas Keith bereitet Parteitage vor und ist unser Bindeglied zur Landtagsfraktion NRW. Knuth Meyer-Soltau ist für Parteiordnungsmaßnahmen zuständig – kein Vergnügen, aber eine wichtige Aufgabe eines Landesvorstands. Heliane Ostwald kümmert sich um die Zusammenarbeit mit der Landesprogrammkommission und den Landesfachausschüssen. Die beiden Schatzmeister Heinz Burghaus und Nicole Scheer sowie ich als Schriftführer erfüllen die entsprechenden Aufgaben.

Seit Ende 2019 gab es über 40 Landesvorstandssitzungen, meist in Präsenz an Wochenenden, aber auch per Telefon- oder Zoom-Konferenz. Es gab auch Vorstandssitzungen mit den Bezirkssprechern und den Kreissprechern aus dem

jeweils einladenden Bezirk. Das Register umfasst schon jetzt weit über 400 Beschlüsse. Im Landesverband NRW finden zudem regelmäßig Kreissprecherkonferenzen und überregionale Schatzmeisterkonferenzen statt. Der Landesvorstand hat trotz widriger Umstände schon nahezu allen Kreisverbänden helfen können, rechtssichere Delegiertenwahlen durchzuführen. Im Rahmen der Kommunalwahlen haben dann gut 600 Parteimitglieder ein Mandat erringen können – ein großer Erfolg, auf den wir alle im Landesverband stolz sein können!

Bis zum Ende der Amtszeit gibt es für uns noch viel zu tun. Die Kreisverbände werden Delegierte für die Landtagswahl 2022 wählen, wobei Fabian Jacobi und die Versammlungsleiter für Rechtssicherheit sorgen. Der anlaufende Bundestagswahlkampf wird vom Vorstand koordiniert und finanziell unterstützt. Leider ist auch zu erwähnen, dass dem Landesverband und unseren Kreisverbänden immer wieder Steine in den Weg gelegt werden, auch von Behörden, etwa beim Buchen von Hallen für Parteitage. Teilweise war dies nur auf dem Klageweg möglich, etwa bei der Listenaufstellung zur Bundestagswahl in Siegen.

Der Landesvorstand wird bis zum Ende seiner Amtszeit verantwortungsvoll daran arbeiten, dem ihm entgegengebrachten Vertrauen gerecht zu werden.

Dafür brauchen wir die Unterstützung von Ihnen allen. Die AfD ist es wert, mit vollem Einsatz für ein besseres und gerechteres Deutschland zu kämpfen. Wir sind mitten in einem langen Superwahljahr bis Frühjahr 2022 – unsere Geschlossenheit ist das Fundament für die kommenden Erfolge!



MICHAEL SCHLEMBACH
LANDESSCHRIFTFÜHRER NRW

HERAUSGEBER:

Landesvorstand des
AfD Landesverbands NRW
Klaus Esser
Landesgeschäftsführer

Gladbecker Straße 5
40472 Düsseldorf
Tel.: 0211 545 589 50
Web: www.AfD.nrw

V.i.S.d.P.:
Klaus Esser
(Anschrift siehe Adresse des
AfD Landesverbands NRW)

ÜBERLASTUNG DER GESUNDHEITSÄMTER

Nie zuvor stand die Arbeit der deutschen Gesundheitsämter so im Fokus wie zur Zeit der Coronapandemie. Zu den primären Aufgaben des Staates gehört es, für die Gesundheit seiner Einwohner zu sorgen. Diese Pflicht wird unter anderem von den Gesundheitsämtern erfüllt. In der Bundesrepublik Deutschland gilt auch in diesem Bereich der Grundsatz der Subsidiarität (Artikel 30 Grundgesetz):

§ Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zulässt.

Dementsprechend gibt es im Gesundheitssystem jedes Bundeslandes unterschiedliche Organisationsformen. Dabei ist das jeweilige Gesundheitsamt die untere Gesundheitsbehörde des Landes, wobei die Ämter für einen ganzen Kreis oder eine ganze kreisfreie Stadt zuständig sein können, aber auch für Teilbereiche.

Gesundheitsämter haben vielfältige Aufgaben. Sie agieren als Überwachungsstelle für Hygienezustände in ihrem Zuständigkeitsbereich, z. B. in Krankenhäusern und Pflegeheimen, für Ärzte, Schulen und öffentliche Einrichtungen. Hinzu kommen praktische Aufgaben wie das öffentliche Beratungsangebot zu diversen gesundheitlichen Themen, etwa Schwangerschafts- und Schwangerschaftsabbruchberatung, Krankheiten wie AIDS, aber auch der Kinder- und Jugendärztliche Dienst.

Um die Gesundheit der Bevölkerung zu erhalten, braucht es stets deren Mitwirkung. Zu diesem Zweck müssen die Bürger informiert werden, um sich gesundheitlicher Gefahren und Risiken bewusst zu sein. So werden bei jeder Epidemie, etwa zur Grippezeit, Informationen für die Bürger bereitgestellt, um sie über mögliche Gefährdungen zu informieren.

Durch ihre kommunale Organisation können sich die Gesundheitsämter effizient an die jeweiligen Umstände anpassen und entsprechend vorsorgen. Damit ist jedes der deutschen Gesundheitsämter ein wichtiger Faktor für die Volksgesundheit. Der massive zusätzliche Arbeitsaufwand infolge der Coronapandemie schien sie aber zu überwältigen.

Die Mitarbeiter bearbeiten nun jeden Tag COVID-19-Meldungen, erheben Daten für die Lageeinschätzung, beraten Bürger und ermitteln Kontaktpersonen, um die Infektionsketten zu unterbrechen – alles zusätzlich zu den regulären Aufgaben. Dadurch sind sie schnell an ihre Grenzen gekommen. Ich habe mich im Juli 2020 in einer Kleinen Anfrage zum Gesundheitsamt Herne erkundigt. Zuvor hatte der WDR recherchiert, wie die Gesundheitsämter ihren Verpflichtungen in der Krisensituation nachkommen konnten. 21 der 33 antwortenden Ämter konnten die Vorgaben nicht erfüllen: Es gibt einfach zu wenig Mitarbeiter, um alle Infektionsketten wie nötig nachzuverfolgen.

Die Engpässe betreffen die Nachverfolgung von Kontaktpersonen, zum Teil auch das Ausbruchmanagement oder andere Aufgaben des Infektionsschutzes. Wenn ein Gesundheitsamt zu wenig Personal für den Infektionsschutz hat, muss das den zuständigen Landesbehörden und letztendlich dem Robert Koch-Institut gemeldet werden.

Für die Zeit nach der Coronapandemie sollte das Nachdenken über die Zukunft des Öffentlichen Gesundheitsdienstes so rasch wie möglich beginnen. Die Gesundheitsämter brauchen mehr Ressourcen, sowohl Gelder und Ausstattung als auch Personal. Es ist erschreckend zu sehen, dass weiterhin nur 15 der 53 Gesundheitsämter in NRW die Software SORMAS-ÖGD nutzen, die ausdrücklich die Corona-Kontaktverfolgung beschleunigen sollte. Neben digitaler Modernisierung der Kommunikation und Datenverwaltung müssen Anreize geschaffen werden, damit gut ausgebildete Ärzte und andere Fachkräfte gern im Öffentlichen Gesundheitsdienst arbeiten wollen.

Die Gesundheitsämter leisten essentielle Dienste im Kampf gegen das Corona-Virus, und zwar gerade nicht nur im Zuge einer pandemischen Lage, sondern ebenso danach und daneben. Es ist wichtig, die Arbeit aller Ämter in Nordrhein-Westfalen zu kennen und sie wenn nötig als Land schnell und umfassend zu unterstützen.

DR. MARTIN VINCENTZ, MdL
STELV. FRAKTIONSVORSITZENDER
GESUNDHEITS-, ARBEITS- UND SOZIALPOLITISCHER SPRECHER



CORONA-AUSGABEN WIE LANG GEHT DAS NOCH GUT?

Corona als **Dauerkrise** – bezahlt durch Daueraufträge vom Konto der Bürger

Alle Diskussionen über Finanzdisziplin sind vergessen. Corona muss wirklich der Traum jedes „Altparteien-Gestalters“ sein. Bis 2019 gehörte die schwarze Null ja eigentlich zur deutschen Staatsräson, zumindest dem Augenschein nach. Seit Beginn der Corona-Krise scheint es aber bei den Ausgaben kein Halten mehr zu geben. Sicherlich ist es richtig, den Betroffenen zu helfen, und in einer globalen Krise kann man sich als Exportweltmeister nur begrenzt schützen. Trotzdem dürfen die Lockdown-Maßnahmen von 2020 nicht zu einem Dauerzustand werden.

Die Landesregierung versucht zwar, die Wirtschaft zu stimulieren, z. B. durch Digital-Coaches für Einzelhändler und Gastronomen – nur wird dadurch nichts verkauft und konsumiert. Gleichzeitig werden dem Landtag auch Anträge der Landesregierung zum Lieblingsthema Klimaschutz vorgelegt, die man immer schon tätigen wollte, aber nicht konnte. Corona soll es ermöglichen. Wir als AfD-Fraktion stellen uns selbstverständlich dagegen.

Die Beispiele zeigen, dass die Politik am eigentlichen Ziel vorbei arbeitet: dem Ende des Lockdowns, ohne den Staatshaushalt zu zerstören. Der Bund plant allein für 2021 über 240 Mrd. Euro neue Schulden. 2022 sollen es noch einmal 81,5 Mrd. werden. Vor zwei Jahren waren diese Summen unvorstellbar. Zum Vergleich: Der NRW-Haushalt für 2021 umfasst 84,1 Mrd. Da wirkt der geplante Schuldenrahmen des Landes von ca. 25 Mrd. für Sondervermögen zur Bewältigung der Corona-Krise direkt „bescheiden“.

Dabei bleibt das menschliche Leid durch Insolvenz und Existenzvernichtungen außen vor. Es geht nicht um Zahlen, sondern um Schicksale. Auch die volkswirtschaftlichen Fol-

gen der katastrophalen Schulpolitik sind nicht abzusehen. Die Wirtschaft muss sofort, natürlich mit Schutz der Risikogruppen und gemäß Hygienekonzepten, geöffnet werden, um weitere Schäden von der Wirtschaftskraft, den Staatsfinanzen und der Existenzfähigkeit Deutschlands abzuwenden. Das Land muss wieder in einen Normalzustand zurückkehren, aber kein „neues Normal“ ohne Bürgerrechte. Wir werden uns gegen Vermögenszwangsabgaben und ähnliche Enteignungsphantasien stellen.

Alle Bürger müssen wachsam sein, dass wir nicht in einen Allmachtsglauben an die Gestaltungskompetenz von Staat und Politik verfallen. Das Land darf nicht auf Dauer mit Hilfs- und Förderprogrammen regiert, oder eher: ruhig gehalten und ruiniert werden. Das wird schlicht nicht finanzierbar sein. Eine dauernde zentrale Rettung kann so wenig wie die zentrale Planung einer Volkswirtschaft à la Kommunismus funktionieren.

Auch deshalb haben wir als AfD-Fraktion, wie in der vorigen Blickwinkel-Ausgabe berichtet, einen Gesetzentwurf zur Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung eingebracht. Die Beratungen dauern an.

Die Bremse ist für uns ein Symbol, dass wir in NRW und Deutschland keine „südeuropäischen“ Verhältnisse wollen. Wir werden Sie über den Ausgang und die Ausreden informieren. Das Abstimmungsergebnis steht schon fest: Ablehnung durch die anderen Fraktionen!

**Wir setzen uns trotzdem unnachgiebig dafür ein:
Deutschland – aber normal!**

HERBERT STROTEBECK, MdL
HAUSHALTS- UND FINANZPOLITISCHER SPRECHER



NATURSCHUTZ NACH AUGENMASS

Die Ursprünge des Corona-Virus verstehen

Der Mensch lebt seit Jahrtausenden eng mit Tieren zusammen. Er hat Wildtiere domestiziert und die Verantwortung für Nutz- und Haustiere übernommen. Der Erhalt der Tiergesundheit hat dabei nach der menschlichen Gesundheit oberste Priorität. Tiere brauchen gute Haltungsbedingungen, artgerechte Futtermittel und wirksame Arzneimittel. Nicht zuletzt ist die Tiergesundheit unabdingbar für eine leistungsfähige Landwirtschaft: Geht es den Tieren schlecht, dann irgendwann auch den Menschen.

Der Corona-Virus bewirkt eine Infektionskrankheit, die sich global ausgebreitet hat. Wenn wir der WHO Glauben schenken, geht der Virus auf eine Übertragung vom Wildtier auf den Menschen zurück. Der Ort war vermutlich ein Wildtiermarkt in China, wo lebende Biber, Schlangen und andere exotische Tiere gehandelt werden. Man kann in Ostasien quasi alles essen: Alles, was nicht flüchten kann, wird gekocht oder gegrillt. Auf diesen Frischemärkten ist Schlachten vor den Augen der Kunden üblich. Ein Kamelhuf, frisches Frosch-Sashimi mit klopfendem Herz oder die gekochte Schildkröte zum Auslöffeln – alles ostasiatische Delikatessen. Die Krankheit schlummerte mutmaßlich in einer Fledermaus und der „Patient Zero“ hat sich vielleicht beim Essen infiziert.

Wenn wir einen genauen Blick auf diese Problematik werfen, wird klar, dass wir diese Auswüchse eindämmen müssen. Wir wollen den illegalen Wildtierhandel beenden. Punkt.

Unser schönes Land war lange Zeit auf einem guten Weg, die richtigen Lösungen für drängende Probleme zu finden.

Doch jetzt erleben wir eine Übertreibung, denn Wildtiermärkte wie in Ostasien gibt es bei uns nicht. In Deutschland isst man eher weniger Fledermäuse und Schimpansen. Wir leben in einer Kulturlandschaft, es gibt keinen Urwald in Deutschland. Eine Rückkehr zur Natur, wie sie viele Romantiker fordern, kann es nicht geben, weil sich die Natürlichkeit der Natur nicht definieren lässt.

Die Fordernden sind oft die Gleichen, die sich gegen Baumschutzmittel aussprechen. Unsere Wälder erleben

schwere Zeiten. Der geringe Niederschlag nimmt den Bäumen die Abwehrkräfte. Sie brauchen Regen, um Harz auszubilden und sich gegen die Borkenkäfer-Plage zu wehren. Ende 2020 sind wieder unzählige Baumschutzmittel ausgelaufen, also staatlich verboten worden. Karl der Käfer ist aber für die Grünen nicht schuld am reihenweisen Fichtensterben – nein, es ist der Klimawandel, der angeblich durch den Menschen verursacht wird. Grüne Naturschützer fordern immer mehr Biodiversität, mehr Naturschutzgebiete – und schaffen damit auch, nüchtern gesagt, Brutstätten für tierische Krankheitserreger. Gelebte und gewollte Biodiversität.

Wir fordern einen konservativen Naturschutz. Die Natur existiert nicht für sich selbst. Wir wollen uns an der Natur erfreuen können und dass unsere Wälder begehbar bleiben. Wir wollen die Natur nicht vor den Menschen abschotten. Wir

wollen den illegalen Wildtierimport nach Deutschland beenden. Wir wollen unsere Kulturlandschaft schützen und erhalten. Und wir bleiben nicht untätig, wenn es dem Wald oder unseren Tieren schlecht geht.

DR. CHRISTIAN BLEX
UMWELT- UND LANDWIRTSCHAFTSPOLITISCHER SPRECHER



EIN RATIONALER IDEALIST

PORTRÄT

IM GESPRÄCH MIT HELMUT SEIFEN

„Wenn ich etwas über mich berichtet haben möchte, dann vielleicht, dass ich an die Kraft der Vernunft und der Wahrheit glaube. Ich glaube weiterhin daran, dass man die Leute mit vernünftiger Argumentation von einer vernünftigen Sache überzeugen kann.“

Als ehemaliger Gymnasiallehrer für Deutsch und Geschichte, Oberstudiendirektor und Schulleiter liebt Helmut Seifen die geistige und gedankliche Ordnung. Er ist umfassend humanistisch gebildet, interessiert sich für Kunst, Kultur und Literatur. Dies trägt er aber nicht vor sich her. Seifen wirkt bodenständig und ist ein Freund einfacher, klarer Sätze: „Mittelpunkt meines Interesses war letzten Endes immer das Denken, Handeln und Empfinden des Menschen als Individuum und als soziales Wesen. Deshalb entschloss ich mich für das Studium der Germanistik, Geschichte, Philosophie und Pädagogik. Wenn man gemeinsam mit Schülern einen komplexen geistigen Sachverhalt erarbeiten und ihn durchdringen kann – und dabei auch als Lehrer eine neue Perspektive auf diesen erhält: Es gibt nichts Schöneres.“

Deutschland. Aber normal.

Dass es in der Politik nur selten so geistig geordnet zugeht, stellte Helmut Seifen schnell fest. Seit Juni 2017 sitzt er für die AfD im Landtag von NRW, zwei Jahre vor dem Ruhestand. Er entschied sich bewusst gegen ein ruhiges Leben als Pensionär und für die Unruhe der Politik. Die

Leute von einer vernünftigen Sache überzeugen, das möchte er. Bereits seit 2013 ist er Mitglied der Alternative für Deutschland. „Ich glaube, dass die schweigende Mehrheit das denkt, was die AfD sagt. Es ist der soziale Druck des Establishments, der sie davon abhält, sich klarer zu positionieren.“ Hauptgegner der AfD seien die Grünen: „Grüne Politik, das ist die Lust an der Zerstörung. Eigenheime, Autos, Familien, die Geschlechter, die Ehe – alles Bewährte, organisch Gewachsene stellen sie in Frage. Wir als AfD wollen genau diese Werte bewahren und die Freiheit der Bürger, ihr Leben ohne übermäßige staatliche Einmischung zu gestalten. „Deutschland. Aber normal.“ ist da genau der richtige Wahlspruch.“

Seinen Kindern möchte er das Land so überlassen, wie er es vorgefunden hat

Helmut Seifen ist ein Freund des offenen Wortes, mag es ordentlich und schnörkellos. Haus und Garten sind wohl-sortiert. Die Gäste der Blickwinkel-Redaktion werden vom Ehepaar umsichtig bewirtet. Ein leeres Glas oder ein leerer Teller wird nicht lang geduldet, als es nach den ersten Ausflügen zu einer kleinen Stärkung kommt. Seifen ist ein Familienmensch, drei Kinder haben er und seine Frau großgezogen. „Ihnen möchte ich das Land gerne so hinterlassen, wie ich es vorgefunden habe.“

In seiner Freizeit fährt der Wahl-Gronauer gerne mit dem Rad durch das Münsterland: „So kann ich entspannen und

WEITER ►

„Ich glaube, dass die schweigende Mehrheit das denkt, was die AfD sagt. Es ist der soziale Druck des Establishments, der sie davon abhält, sich klarer zu positionieren.“



„Es ist wichtig, dass man sich nicht in Bücher vergräbt.
Wer das tut, verliert den Kontakt zum Leben und
den Blick für das Wesentliche“



die Natur genießen.“ Die Fahrt führt oft zu einer nahen Mühle auf einer Anhöhe. Von dort hat man im sonst eher flachen Münsterland einen prächtigen Ausblick in die Ferne. Gerne kommt Seifen hierher und liest ein Buch – wobei seine Augen gern über die herrliche Landschaft schweifen. „Es ist wichtig, dass man sich nicht in Bücher vergräbt. Wer das tut, verliert den Kontakt zum Leben und den Blick für das Wesentliche. Erst die ständige Aufmerksamkeit für das wirkliche Leben, die Landschaft, die Natur, das Streben, Hoffen und Schaffen der Menschen öffnet die Tür zum Sinngehalt des Geschriebenen und zu seinem Verstehen.“

Den Lehrer Seifen kennen wir nun, doch wie war eigentlich der Schüler Seifen? Laut dem Politiker im Großen und Ganzen sehr strebsam: „Ich habe wenig Unsinn gemacht. Nicht nur, weil ich es nicht gewollt hätte, sondern auch, weil ich mich nicht der Verfügungsgewalt anderer aussetzen wollte.“ Während seiner Zeit an der Internatsschule seien aber schon mal ein paar unerlaubte Ausflüge in die angrenzenden Niederlande vorgekommen. Nicht immer wollte Helmut Seifen Lehrer werden. „Die Idee äußerte erstmals der Vater eines Freundes so ein Jahr vor meinem Abitur. Ich wollte eigentlich Medizin studieren und habe deshalb auch verschiedene Praktika in Gelsenkirchener Krankenhäusern gemacht. Als ich dann im Krankenhaus arbeitete, wurde mir aber klar: Es war nicht die körperliche Gesundheit des Menschen, für die ich mich interessierte, sondern die geistige Verfasstheit und das Denken, die mich fesselten.“ Wenig

überraschend ist daher auch Franz Kafka einer seiner Lieblingsautoren.

„Anbiederung bringt nichts. Wir müssen klare Kante zeigen und unseren Mann stehen, dabei ebenso fachlich sauber und mit ehrlichem Einsatz auftreten.“

Kafkaesk sei es auch, was man als AfD-Mann im Landtag über sich ergehen lassen müsse. „Man bringt sehr gute Initiativen oder Anträge ein, die trotzdem abgeschmettert werden, einfach weil sie von uns kommen. Ein halbes Jahr später wird dann ein ähnlicher Antrag von einer Altpartei eingebracht und angenommen“, berichtet Helmut Seifen. Dennoch ist der Landespolitiker überzeugt von dem aktuellen Kurs seiner Fraktion: „Anbiederung bringt nichts. Wir müssen klare Kante zeigen und unseren Mann stehen, dabei ebenso fachlich sauber und mit ehrlichem Einsatz auftreten.“ Wer die parlamentarische Arbeit Helmut Seifens in seinen Fachbereichen Bildungs- und Wissenschaftspolitik verfolgt, der wird diese Haltung schnell in seinen Reden wiederfinden.

Und deshalb wird Seifen bei der kommenden Landtagswahl 2022 gern wieder antreten, wenn die Parteitagsdelegierten ihn nominieren und die Gesundheit es zulässt.

MAXIMILIAN KNELLER

SO WOHNEN WIR

Hier ist unsere Heimat

HISTORISCHER STADTKERN „ALTER FLECKEN“, FREUDENBERG/KREIS SIEGEN-WITTGENSTEIN
QUELLE: IMAGO/IMAGEBROKER

Wohnen in Nordrhein-Westfalen ist sehr vielfältig. Hieraus ergibt sich für jeden auch sein besonderes Heimatgefühl, sei es mit Blick auf den Geburtsort, die Stadt, wo man eine Arbeitsstelle gefunden hat, oder die Gegend, wo man ein Haus baut und den Ruhestand verbringt.

Von den 18 Millionen Einwohnern wohnen rund 7,5 Millionen in den kreisfreien Städten, davon allein 5 Millionen in den 10 größten Städten. Damit lebt die deutliche Mehrheit in NRW, über 10 Millionen, in den Landkreisen, in Klein- und Mittelstädten und den vielen Dörfern des Landes.

Dabei haben sich vielfältige regionale Wohnformen herausgebildet. Von der heutigen Wohnsubstanz in NRW sind wegen der schweren Verluste im Krieg und späterem Abriss nicht einmal 25 % aus der Zeit vor 1949. Dazu zählen z. B. manche denkmalgeschützten Arbeitersiedlungen und Mehrfamilienhäuser aus der Gründerzeit, aber auch viele Fachwerkhäuser in Dörfern und Kleinstädten. Sie bilden kulturelle Eckpfeiler unseres Heimatbildes.

Die meisten Wohngebäude in NRW entstanden in den 50er bis 70er Jahren. In dieser Zeit des Babybooms entstanden im ganzen Land typische Einfamilienhaussiedlungen. Diese Form der Eigentumsbildung wurde unter anderem durch das weitverbreitete Bausparen unterstützt und oft erst ermöglicht. Es entstanden aber auch viele „monotone“, architektonisch



DIE FRÜHERE BERGARBEITER-SIEDLUNG WURDE NACH DER ENGLISCHEN GARTENSTADTIDEE ERRICHTET. HEUTE STEHT DIE ARBEITERSIEDLUNG MIT DEN INNENHÖFEN, DEM ALTEN BAUMBESTAND UND DEN VERSCHIEDENEN HÄUSERN KOMPLETT UNTER DENKMALSCHUTZ. GARTENSTADT/LOHBERG. QUELLE: IMAGO/BLICKWINKEL



MEHRFAMILIENHÄUSER AUS DER GRÜNDERZEIT, BONN
QUELLE: JOERN SACKERMANN/ALAMY STOCK

wenig anspruchsvolle Hochhaussiedlungen. Diese schnell und kostengünstig erbauten Siedlungen, oft als preiswerter Sozialer Wohnungsbau, haben vielfach zu vernachlässigten Sanierungs- und Erhaltungsaufwendungen der Eigentümer geführt. Anfang der 2000er Jahre haben gerade öffentliche Eigentümer diese Objekte an ausländische Investoren, sog. „Heuschrecken“, verkauft. In Einzelfällen wurden Wohnobjekte von der Bauaufsicht der Gemeinden aus Sicherheitsgründen zur Räumung verpflichtet oder sogar für den Abriss freigegeben (etwa die „Weißen Riesen“ in Duisburg).

Auch die in den 60er Jahren beginnende Zuwanderung von „Gastarbeitern“ machte schon damals eine umfassende soziale Wohnraumförderung erforderlich. Mit dem „Nachzug“ der Gastarbeiter-Familien wurde noch mehr Wohnraum benötigt, der nicht in den bestehenden Arbeitersiedlungen gedeckt werden konnte.

In den letzten zehn Jahren werden zunehmend neue Siedlungen insbesondere mit hochwertigen und teuren Wohnungen erstellt, sei es durch Umnutzung von Hafengebieten (z. B. in Duisburg), von Bahnbrachen oder von ehemaligen Industriegebieten (etwa um den heutigen Phoenix-See in Dortmund-Hörde).

Die weitere Massenzuwanderung insbesondere seit dem Jahr 2015 führte zu einem deutlichen zusätzlichen Wohnraumbedarf. Bis zur Entscheidung über die Aufenthaltsberechtigung sind Wohnraumangebote in Übergangswohnheimen erforderlich. Danach führt die zusätzliche Nachfrage zu Wettbewerb um preiswerten privat oder öffentlich finanzierten sozialen Wohnungsbau.

Das Wohnen, also bezahlbare Mieten und Eigenheimerwerb, scheint wieder mehr zu einer sozialen Frage unserer Zeit zu werden. Dies liegt an der weiter steigenden Zahl der Haushalte, gerade in den großen Städten und um Hochschulen.

DIESER TREND IST IM WESENTLICHEN AUF DREI FAKTOREN ZURÜCKZUFÜHREN:

1. **Vereinzelung mit mehr und kleinen Haushalten, so dass in etwa 80 % der Haushalte in Köln nur ein oder zwei Personen leben**
2. **Binnenwanderung in die Städte, die sich durch Corona anscheinend etwas abflacht**
3. **Nicht zuletzt Einwanderung**

Gerade bei der Einwanderung schließt sich der Kreis zwischen Wohnen und Heimat besonders augenfällig. Denn wer über Knappheit bei bezahlbaren Wohnungen und hohen Mieten spricht, der muss auch über Einwanderung reden. Und derjenige sollte lieber schweigen, wenn andere sagen: „Wir haben Platz!“

ROGER BECKAMP, M.D.L.

BAU-, WOHNUNGS- UND HEIMATPOLITISCHER SPRECHER



DIE GROSSWOHNSIEDLUNG ENTSTAND ZWISCHEN 1965 UND 1975 MIT VORWIEGEND GROSSEN, SOZIAL GEFÖRDERTEN WOHNUNGEN FÜR FAMILIEN. DORTMUND/SCHARNHORST
QUELLE: IMAGO/RUPERT OBERHÄUSER



HOCHWERTIGE MODERNE EINFAMILIENHÄUSER AM PHOENIX-SEE, DORTMUND
QUELLE IMAGO/WESTEND61

JUNGE ELTERNSCHAFT FÖRDERN

Im November 2020 hat die AfD Nordrhein-Westfalen ihr Programm zur Renten- und Sozialpolitik verabschiedet. Schon das Vorwort wird deutlich: Die demographische Entwicklung ist die Wurzel vielen Übels. Entgegen der herrschenden Meinung, man müsse niedrige Geburtenraten mit Zuwanderung kompensieren, setzt die AfD auf eine Kehrtwende. Die „aktivierende Bevölkerungspolitik“ ist allerdings in Deutschland verbrämt. Eine Ursache für Kinderlosigkeit und Ein-Kind-Familien ist die Verzögerung mit fatalen Folgen. Deshalb ist es an der Zeit, Bedingungen dafür zu schaffen, dass sich junge Paare für Kinder entscheiden – ohne signifikante Nachteile für Bildung und Beruf.

Frauen haben mit dem Zugang zu höherer Bildung und praktisch allen Berufen neue Ansprüche und eine veränderte Lebensplanung entwickelt. Zudem reicht bei den permanenten Veränderungen in der Arbeitswelt ein einzelnes Einkommen meist nicht für die Versorgung einer Familie aus. Angesichts Flexibilitätsforderungen, hoher Erreichbarkeit und oft weiten Wegen wirkt die Fürsorge für ein Kind nicht vereinbar mit der Etablierung im Beruf.

Hinzu kommt die Arbeitswelt, die gerade anfangs von Praktika, befristeten Verträgen und permanenter Unsicherheit geprägt ist. Da überrascht es kaum, dass Mütter bei der ersten Geburt mittlerweile im Schnitt 30,1 Jahre alt sind. Das allein würde bei steigender Lebenserwartung kein großes Problem darstellen, doch das „fruchtbare Fenster“ der Frau verändert sich trotz aller medizinischen Fortschritte nicht. Wenig verwunderlich, dass die künstlichen Befruchtungen weiter steigen: 2020 war mit 108.000 Eingriffen ein Rekordjahr. Sie wären bei den meisten Frauen nicht notwendig, wenn die Familienplanung früher beginnt. Der Bundesverband der Frauenärzte warnt seit Langem vor dieser Fehlentwicklung: Neben nachlassender Fruchtbarkeit steigen mit dem Alter auch Risiken von der Schwangerschaft bis zum Wochenbett.

Die Zeit, in der junge Paare die besten biologischen Voraussetzungen haben, ist leider auch die Zeit, in der finanzielle und soziale Voraussetzungen

denkbar schlecht sind. Wer sich dennoch während der Ausbildung für ein Kind entscheidet, hat oft das Nachsehen.

Junge Eltern sollten unterstützt werden. Besonders verheerend ist die Situation der Akademikerinnen: In keiner anderen Berufsgruppe ist die Kinderlosigkeit so hoch. Für junge Studentinnen sollte es selbstverständlich sein, Mutter zu werden. Hier ist die Politik gefragt, Lösungen zu finden, um Familie und Studium besser zu vereinbaren und die frühe Familien-Entscheidung zu honorieren – etwa beitragsfreie Kinderbetreuung und Reduktionen der BAföG-Rückzahlungen pro Kind.

Die Gründe für den rückläufigen Geburten-Trend bei der einheimischen Bevölkerung sind vielfältig. Eine bessere Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie ist sicher nur ein Mosaikstein auf dem Weg zu einer „normalen“ Familiengründung. Das Bekenntnis zur Familie hat viele Gesichter. Die Fokussierung auf die künstliche Befruchtung ist mit Sicherheit ein Irrweg. Unser Land braucht junge Eltern!

IRIS DWORECK-DANIELOWSKI
FAMILIEN-, KINDER-, JUGEND- UND
FRAUPOLITISCHE SPRECHERIN



SYMBOLFOTO - QUELLE: STOCKTOGRAPHY - CLICKNIGUE

1000 KLEINE TODE unserer Industrie



DER FALL VARTA/HAWKER

Wenn Großunternehmen tausende Arbeitsplätze abbauen, sind die Zeitungen voll – zu Recht. Aber was ist mit den vielen Kleinen? Wenn einfach mal „nur“ 200 Arbeitsplätze verschwinden? Und wohin verschwinden die?

Seit 133 Jahren werden Batterien „Made in Germany“ in Hagen produziert. Bekannt wurde die Firma unter dem Namen Varta (seit 1995 „Hawker“): Im Dezember 2020 verkündeten die Eigentümer des US-Konzerns EnerSys die Werksschließung und das Aus für 200 Mitarbeiter.

Arbeiter kämpfen – AfD an ihrer Seite – SPD schweigt im Landtag

Und so rief die Gewerkschaft zu einer Kundgebung auf und Abgeordnete der AfD und SPD kamen aus dem Landtag hinzu. Natürlich durfte nur Herr Kutschat, SPD-Vorsitzender zu den Arbeitern sprechen – er versprach vollmundig, sich im Landtag für die Beschäftigten einzusetzen. Der AfD-Vertreter Christian Loose hingegen sprach mit den Mitarbeitern, deren Väter bereits im Werk gearbeitet haben und die nun vor dem Aus stehen! Denn neue Industriearbeitsplätze sind in Hagen und Umgebung Mangelware.

Der Betriebsrat zeigte für die Verlagerung kein Verständnis: „Das Werk Hagen steckt voller Kompetenz und Knowhow, Innovationen und intelligenten Ideen für die Zukunft. (...) Wir haben als Belegschaft einen guten Job gemacht und werden dennoch reinen Renditeerwartungen geopfert, weil die Produktion im Ausland etwas günstiger sein könnte.“

Die AfD beantragte wenig später eine aktuelle Stunde im Landtag. Doch das Präsidium aus CDU, FDP, SPD und Grünen lehnte ab! Wir ließen nicht locker und fragten die Landesregierung im Wirtschaftsausschuss, warum die Eigentümer die Produktion nach Polen verlagern wollen und was die Regierung für die Arbeitsplätze tun will. Die Antwort der Landesregierung war schockierend: Der Standort in Deutschland ist zu teuer geworden. So wolle der Mutterkonzern EnerSys an der Verlagerung der Blei-Akku-Produktion nach Polen festhalten und neue Lithium-Batterien allenfalls in den USA entwickeln.

Erstaunlich war der „Einsatz“ der SPD im Wirtschaftsausschuss. Ohne Kameras zeigte sich das wahre Gesicht der ehemaligen Arbeiterpartei: Die SPD schwieg, keine Fragen, keine Wortmeldung!

Polens Strompreis: 13 Cent für Haushalte, 9 Cent für Industrie

Die CO₂-Vorgaben der EU und Bundesregierung, die EEG-Umlage und die massiv steigenden Netzkosten machen Deutschland zum teuersten Stromland der EU. Dabei ist für eine Industrienation entscheidend, wie teuer der Strom für Betriebe ist. Der Industriekundenpreis liegt in Deutschland 37 % über dem polnischen Strompreis und sogar 73 % über dem französischen Preis – dank günstigem Strom aus Kohle- und Kernkraftwerken. So ist es nicht verwunderlich, dass Hawker seine Produktion nach Polen verlagert, wo die Energiekosten und auch Lohnkosten deutlich niedriger sind.



Auch CDU und FDP lassen Arbeiter im Stich

Immer wieder betonen Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) und Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP), dass für das Gelingen ihrer „Energiewende“ Speichertechnologien im Fokus stehen müssen. Auf die Fragen der AfD, was die Landesregierung für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Hawker tun möchte, kommen aber keine konkreten Vorschläge. Ausweichende Antworten statt Perspektiven. Noch schlimmer: Statt der alteingesessenen Industrie zu helfen, möchte die Landesregierung lieber mit 9,5 Millionen Euro eine neue Batteriezellforschung in Münster subventionieren. Statt also Hagen mit einer Arbeitslosenquote von 12 % zu unterstützen, kommt das nächste Projekt nach Münster – mit einer Quote unter 5 %. Jeder mit betriebswirtschaftlichem Verstand weiß, dass mit Subventionen angelockte Betriebe in der Regel nur solange bleiben, wie das staatliche Geld fließt.

So bleibt das bittere Fazit: Strukturwandel im Ruhrgebiet gescheitert!

CHRISTIAN LOOSE, MdL
WIRTSCHAFTS- UND ENERGIEPOLITISCHER SPRECHER

FLUGTAXIS | DER VERKEHR DER ZUKUNFT?

Wenn man den Begriff „Flugtaxi“ hört, so denkt man vielleicht an den ersten „Blade Runner“ mit Harrison Ford oder an „Das fünfte Element“ mit Bruce Willis als Flugtaxi-Pilot. Was damals noch Science-Fiction war, wird heute immer mehr Realität. Technische Fortschritte machen es möglich, die dritte Dimension als zusätzlichen Verkehrsträger zu erobern.

Längst sind es nicht nur Flugzeughersteller wie Airbus und Boeing, die in die Forschung investieren. Auch Lufthansa, Daimler, Porsche und Schenker oder Metropolen wie Helsinki und Singapur zeigen reges Interesse an luftigen Möglichkeiten, den bisherigen Verkehr zu entlasten. Und natürlich wieder die Chinesen, etwa eHang mit Passagierdrohnen oder der Autohersteller Geely. Auf die verschiedenen Anwendungsfälle kommen wir weiter unten zurück.

Ganz vorne spielen deutsche Start-ups mit, so Lilium aus München und Volocopter aus Baden-Württemberg. Auch die RWTH Aachen präsentiert mit dem Silent Air Taxi ein ambitioniertes Projekt.

All das hört sich fast zu gut an, um wahr zu sein. Umweltfreundlich, da komplett elektrifiziert, schnell und leise, kostengünstig und damit massenmarktauglich. Bei aller Aufgeschlossenheit für technische Innovationen muss ich dennoch entschieden widersprechen, denn technischer Fortschritt birgt auch immer neue Gefahren. Kollisionen und Unfälle wirken sich im Luftraum gravierend aus, gerade über Städten, wo viele Menschen am Boden gefährdet sind. Wie kann man das ausschließen? Und wie sieht es mit dem Brandschutz aus? Selbst die praktischen Kühlungsprobleme sind noch nicht gelöst. Brennende Elektromotoren können ja, wie aktuelle Fälle zeigen, nicht einfach gelöscht werden. Maximal kühlt man sie ab.

Auch der Risikofaktor Mensch muss berücksichtigt werden. Der Pilot oder Fahrer kann abgelenkt sein, krank, übermüdet. Dazu braucht es keinen Selbstmörder oder Attentäter: Schulen oder Weihnachtsmärkte können nicht mit fliegenden Betonpollern gesichert werden. Falls irgendwann unbemannte Drohnen innerstädtisch zugelassen werden,

stellen sich weitere Fragen: Wie schützt man sie vor technischen Ausfällen und Hackerangriffen? Noch sind Autopilotensysteme aber weit von der Zulassung entfernt. Selbst die Hersteller schließen sie für das nächste Jahrzehnt aus.

Selbst wenn all diese Probleme gelöst wären, bleibt die Frage der Wirtschaftlichkeit: Elektrische Senkrechstarter verbrauchen enorme Energie, nicht nur beim Abheben, sondern auch im Schwebestand oder Landeanflug. Der Vorteil von Kerosin ist, dass es pro Masse 14-mal so viel wie Energie speichert wie eine Elektrobatterie. Bahnen und Busse rechnen sich bekanntlich auch halb besetzt. Um damit konkurrieren zu können, müssten die Flugtaxen stets ausgebucht sein, was an vielen Stellen Linienverkehr ausschließt.



SYMBOLFOTO – AIRBUS HELICOPTER WERK IN DONAUWÖRTH. QUELLE: IMAGOPRESS

Für eine „On Demand“-Lösung braucht man große Kapazitäten an Material und Piloten, sonst bleibt bei spontanen Buchungen doch nur wieder der Weg zum Straßen-Taxi. Auf Strecken unter 80, 90 km ist das keinesfalls ökologisch sinnvoll. Damit ist der innerstädtische Luftverkehr nicht zu gebrauchen und generell pendeln über 95 % weniger als 50 km zur Arbeit.

Eine Studie aus dem Umfeld von Ford kommt zu dem Schluss: „Flugtaxis werden in Zukunft im Verkehr nur eine Nischenrolle einnehmen.“ Die Analysten von Morgan Stanley bewerten die Technologie wie folgt: „Passagierdrohnen werden für lange Zeit allenfalls ein Beförderungsmittel für VIPs und Vermögende sein.“

Nun ja, wir sehen schon noch Einsatzmöglichkeiten, etwa bei Polizei und Rettungsdiensten oder auch als Zubringer zu Flughäfen ab 100 km. Aber Flugautos als alltägliches Verkehrsmittel, gerade innerstädtisch? Preiswert für jedermann? Das ist und bleibt für lange Zeit unwissenschaftliches Wunschdenken. Dennoch wird es für diese Technologie einen Markt geben. Das internationale Interesse ist groß. Es bleibt spannend.

NIC VOGEL, MdB
VERKEHRSPOLITISCHER SPRECHER



KURZNOTIERT

SCHÄCHTUNGEN KURZ VOR DEM ISLAMISCHEN OPFERFEST

Wir haben es befürchtet und es ist auch so gekommen: Ein unglaubliches Ausmaß an Tierleid. Im Kreis Unna sind über 100 Schafe und Dutzende Rinder ohne amtliche Tieruntersuchung heimlich geschächtet worden. Den Tieren wurde kopfüber bei vollem Bewusstsein die Kehle aufgeschlitzt.

Unser Wahl- und Grundsatzprogramm als Alternative für Deutschland ist eindeutig: Wir lehnen das betäubungslose Schächten von Tieren ab und fordern die lückenlose Aufklärung.

DR. CHRISTIAN BLEX

RKI-CHEF WIELER SORGT FÜR AUFREGUNG

Handelt es sich bei schweren Corona-Erkrankungen überwiegend um Patienten mit Migrationshintergrund? Wir haben nachgefragt:

Fakt ist, dass sich Wieler nur auf die Berichte dreier Intensivmediziner bezogen hat. Daten zum Migrationshintergrund werden nicht erfasst. Wir halten dies allerdings für dringend geboten. Sollte eine mangelnde Einhaltung von Hygienevorschriften auf Sprachdefiziten beruhen, läge ein gravierendes Informationsversäumnis der Landesregierung vor.

GABRIELE WALGER-DEMOLSKY

KEINE SCHÖNWETTER-REDEN MEHR! ISLAMISCHE FANATIKER ABSCHIEBEN

Die widerwärtigen Angriffe auf Synagogen in Bonn, Düsseldorf und Münster sind aufs Schärfste zu verurteilen. Doch wo bleiben die Strafen für die Täter? Stattdessen vernehmen wir die üblichen Floskeln seitens der Altparteien. Denn diese ignorieren auch weiterhin, dass uns bald Zustände wie in Frankreich oder den USA drohen, wo Fanatiker regelmäßig ganze Städte terrorisieren. Wie lange noch, bis Islamisten auch vor unseren Rathäusern und Kirchen stehen?

ANDREAS KEITH

KINDER- UND JUGENDMEDIENSCHUTZ – DIE POLITIK HAT ZU LANGE GESCHLAFEN!

Tatsächlicher, wirksamer Jugendmedienschutz setzt ein gesetzliches Altersverifikationssystem im Internet voraus. Bei diesem Thema kann man sich nicht länger hinter dem „Datenschutz“ verstecken – schließlich geht es um den Schutz unserer Kinder vor sexuellen Angriffen und äußerst leicht zugänglichen Pornoseiten! Nach vielen Jahren der Regierungsversäumnis soll nun zwar auf Bundesebene ein solches Gesetz verabschiedet werden, doch üben Verfassungsrechtler bereits berechnete Kritik. Zu lange wurde geschlafen!

IRIS DWORECK-DANIELEWSKI

FUTTERKOSTENHILFE NICHT FÜR TIERHEIME?

Während des ersten Lockdowns vor einem Jahr hat die Laschet-Regierung noch eine Unterstützungshilfe für Tierheime angeboten. In Zeiten der Corona-Pandemie und des ausgeferten Lockdowns war die Tierversmittlung in Schwierigkeiten geraten.

Wir haben gefordert die Futterkostenhilfe auch 2021 wieder anzubieten, das wurde jedoch abgelehnt. Dabei wäre das ein weiteres Zeichen für den praktischen Tierschutz gewesen.

DR. CHRISTIAN BLEX

STANDARDS STATT PFUSCH

Schallschutzwände sind vor allem Zweckbauten, genauso wie bei Leitplanken oder Straßen geht es zuallererst um Funktionalität. Der tragische Unfall auf der A3 im November 2020, bei dem eine Pkw-Fahrerin von einer Schallschutzwand erschlagen wurde, zeigt, dass Pfusch am Bau gepaart mit Behördenversagen nach einer Standardisierung der Schallschutzwände und der Prüfverfahren schreit. Dies spart Kosten bei der Herstellung, Lagerung und schlussendlich auch bei Bauwerksprüfungen.

NIC VOGEL

E-DACIA MIT FAKE-RABATT

Das E-Auto Spring kostet in Deutschland auf dem Papier 3.500 € mehr als in Frankreich. Auf den Preis von 20.490 € gewährt Dacia dann großzügig 3.570 € „Rabatt“ und der Käufer kassiert die 6.000 € staatliche Prämie – ein Gewinn für zwei Seiten!

Der Trick: Der Hersteller-Rabatt von 3.000 € netto ist die Voraussetzung für die staatliche Prämie. Dacia steigert seinen Gewinn auf Kosten der Steuerzahler. Verbraucher-Täuschung im großen Stil und sicher kein Einzelfall!

CHRISTIAN LOOSE

NICHT GEZAHLT, SCHON GEZWUNGEN

Wer den Rundfunkbeitrag verweigert, dem kann die Erzwingungshaft drohen. Aktuell wird ein Borkener wegen seiner Weigerung in der JVA Münster inhaftiert. Die Politik fordert eine Entkriminalisierung von einfachen Straftatbeständen, um die Justiz zu entlasten. Bei GEZ-Weigerung wird aber das scharfe Schwert der Haft gezückt.

Wir als AfD halten beides für falsch und haben schon Anträge dazu ins Plenum eingebracht.

THOMAS RÖCKEMANN

HANDELN STATT VERZÖGERN

Wir haben bereits im April 2020 die Erweiterung der Heinsberg-Studie gefordert, die die Übertragungswege des Coronavirus offenlegen sollte. Alle anderen Fraktionen haben das selbstverständlich abgelehnt. Da wundert es umso mehr, dass nun, ein Jahr später, die Regierungsfaktionen von CDU und FDP genau diese Erweiterung beschlossen haben. Wäre es nach uns gegangen, würden wir längst über die Ergebnisse diskutieren und nicht über die Studie selbst.

DR. MARTIN VINCENTZ

ENERGIEVERSCHWENDUNG BITCOIN-MINING

Die Grünen erhielten von einem Unternehmer eine Spende von 1 Million Euro. Das Geld stammt aus Gewinnen mit der Digitalwährung Bitcoin. Weltweit werden für das Erzeugen von Bitcoins etwa 120 TWh Strom pro Jahr verbraucht. Das sind mehr als 20 Prozent des jährlichen deutschen Stromverbrauchs.

CHRISTIAN LOOSE

#ALLESDICHTMACHEN – AfD BRINGT MEINUNGSFREIHEIT IN DEN LANDTAG

Am 30.4. fand auf unseren Antrag hin eine Debatte zur lockdownkritischen Aktion #allesdichtmachen im Landtag statt. Während die Altparteien uns entgegenhielten, die Künstler hätten sich ja von der AfD distanziert, machten wir klar: Das ist uns egal. Meinungsfreiheit muss für alle gelten!

Die leidenschaftliche Auseinandersetzung im Plenum stieß auf großes Medienecho.

SVEN W. TRITSCHLER

FÖDERALISMUS ALS CORONA-OPFER

Mit der „Bundesnotbremse“ wurden wichtige Kompetenzen von den Ländern auf den Bund verlagert. So wurde eine verpflichtende Ausgangssperre eingeführt. Die AfD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen hat sich in einem Antrag klar zur deutschen Verfassungstradition des Föderalismus bekannt. Die Altparteien lehnten ihn dagegen einhellig ab.

Einspruch im Bundesrat legte die schwarz-gelbe Landesregierung nicht ein – und das obwohl die FDP vorgab, dagegen zu sein.

SVEN W. TRITSCHLER

322 MILLIONEN EURO FÜR UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE AUSLÄNDER

So hoch waren die im Jahre 2020 vom Land an die Jugendämter ausgezahlten Aufwendungserstattungen. Allein die Stadt Köln bekam knapp 30 Millionen Euro.

Die Feststellung der Minderjährigkeit beruht dabei in 9 von 10 Fällen lediglich auf einer Inaugenscheinnahme, da Ausweispapiere in der Regel fehlen. Untersuchungen in Schweden haben ergeben, dass entgegen der Eigenauskunft häufig eine Volljährigkeit vorliegt.

GABRIELE WALGER-DEMOLSKY



Kanzlerträume zwei

Bei den hier dargestellten Dialogen und Sätzen verhalten sich um faktuelles Darstellendes und nicht um tatsächliche Vorgänge bzw. schreie Zitate der dargestellten Personen.



EIN-THEMA-PARTEI AfD

Anträge der AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

21.06.2017 NRW gegen Extremismus – Keine Steuergelder für Feinde der Demokratie **04.07.2017** Gesetz zur Stärkung der persönlichen Freiheit im Rahmen des Nichttraucherschutzes in Nordrhein-Westfalen **04.07.2017** Rückkehr zu 69 bis 2018 – Keine weiteren Unsicherheiten und Verzögerungen auf dem Rücken der Schulen **12.08.2017** Baustopp der geplanten zentralen Landesaufnahmeeinrichtung (LEA) in Bochum **30.08.2017** Fairen Wahlkampf ermöglichen – Erfassungsstelle für Angriffe auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in NRW (EAMV) einrichten **01.09.2017** Diesel-Garantie bis 2050 – Vertrauen in Verbrennungsmotoren wiederherstellen und Unsicherheiten aus der öffentlichen Debatte herausnehmen **04.09.2017** Gesetz über das Verbot der Gesichtsverschleierung in öffentlichen Gebäuden in Nordrhein-Westfalen (Verschleierungsverbotsgesetz Nordrhein-Westfalen – VerschleierungsVerbG NRW) **04.09.2017** Kündigung der Rundfunkstaatsverträge und Reform des WDR-Gesetzes **04.10.2017** Englischunterricht in der Primarstufe erschaffen – Deutsch und Mathematik dafür stärken! **07.11.2017** Verkleinerung des Landtages NRW **07.11.2017** Bundesratsinitiative zur Aufhebung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte **07.11.2017** Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen – Stärkung des Industriestandorts in Nordrhein-Westfalen **21.11.2017** Gesetz zur besseren Überwachung gefährlicher Personen – Gefährdergesetz (Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen) **21.11.2017** Bologna-Prozess reformieren. Rückkehr zu bewährten Studienabschlüssen auch in NRW **12.12.2017** Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahrheitlicher Vorschriften (Kommunalvertretungsdemokratisierungsgesetz) **12.12.2017** Rechtssicherheit im Klimaschutz wiederherstellen und nordrhein-westfälische Unternehmen vor unberechtigten Klagen schützen **12.12.2017** Alte Straßen schnell, ressourcenschonend, umweltfreundlich und günstig sanieren **09.01.2018** Rechtssicherheit durch pflichtgemäße Altersbestimmung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA), die sich nicht zweifelstfrei ausweisen können und nicht eindeutig als minderjährig erkennbar sind **09.01.2018** Invasive Arten in NRW breiten sich aus, es besteht Handlungsbedarf. Natürliche Biodiversität erhalten, einheimische Flora und Fauna schützen **20.02.2018** Nordrhein-Westfalens Verantwortung für die Weltgesundheit ernst nehmen – Antibiotikaresistenzen in den Fokus rücken **20.02.2018** Flüchtlingskinder auf den erfolgreichen Start in ihrer Heimat vorbereiten **20.02.2018** Unterrichtsneuvou sichern: Sprachliche Mindestvoraussetzungen schaffen und Anteil von Migranten in Schulklassen begrenzen **13.03.2018** Gewalt gegen unsere Einsatz- und Rettungskräfte konsequent benennen, systematisch erforschen und selbstbewusst bekämpfen **17.04.2018** Bundesratsinitiative mit dem Ziel, das Selbstbestimmungsrecht der Patienten zu stärken – Transparenz und Aufklärung statt wirtschaftlicher Interessen der Pharmaindustrie **17.04.2018** Nordrhein-Westfalen solidarisiert sich mit der „Gemeinsamen Erklärung 2018“ **17.04.2018** Keine Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts für die Ahmadiyya Muslim Jamaat-Gemeinde in Nordrhein-Westfalen **17.04.2018** Kinderbetreuung – echte Wahlfreiheit für Eltern durch Einführung eines alternativen Elterngeldes **17.04.2018** Die Kosten der Umweltauflagen und GAP-Bürokratie – ein Wettbewerbsnachteil für deutsche Landwirte **18.04.2018** Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine Nordrhein-Westfalen – Rückkehr zur deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit **08.05.2018** Deutsche Leitkultur statt Islamisierung – Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen muss ein tragfähiges Heimatkonzept als Grundlage eines kohärenten Regierungshandelns vorlegen! **08.05.2018** Stärkung der eigenverantwortlichen Schule – Einstellung des Verfahrens der Qualitätsanalyse **08.05.2018** Parkplatznaz in NRW-Großstädten bekämpfen! **05.06.2018** Gesetz zur Verbesserung der Transparenz und Staatsferne der Landesanstalt für Medien (LfM) Nordrhein-Westfalen und des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR) **05.06.2018** Präventive Maßnahmen gegen die steigende Gewalt am Arbeitsplatz – Nordrhein-Westfalen muss handeln **05.06.2018** 154 Wirtschaftsprofessoren warnen: Der Euro darf nicht in die Haftungsunion führen **05.06.2018** Die Adipositas-Prävalenz steigt – NRW muss die Schulen stärker unterstützen! **05.06.2018** Abschiebungen endlich stoppen, statt sie durch einen „Spurwechsel“ zu verhindern! **05.06.2018** Personalrat des BAMF ernstnehmen – Forderungen der Praktiker beachten – Mitarbeiter nicht weiter im Stich lassen **05.06.2018** Stärkung der Judikative – Für eine öffentliche Ausschreibung der Verfassungsrichterstellen des Landes Nordrhein-Westfalen **05.06.2018** Arbeitsplatzmotor für NRW – Stärkung der deutschen Verkehrsflughäfen und Fluggesellschaften – Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Luftverkehrsteuer **03.07.2018** Privatisierung der Sicherheit an NRW-Flughäfen beenden – Luftsicherheit in staatlich-föderale Hände legen **03.07.2018** Gelebte Heimat – Aufnahme ausgewählter typischer Arbeitersiedlungen des Ruhrgebiets in die Liste der UNESCO-Welterbestätten **03.07.2018** Illegale Immigration an der NRW-Westgrenze stoppen **03.07.2018** Öffentlichkeitsfahndung beschleunigen – Täter schneller fassen – Potentielle Opfer schützen **09.07.2018** Flüchtlinge auf die Rückkehr in ihre Heimatländer vorbereiten – Einführung eines Programms „Fit4Return / Heimat mit Zukunft“ – Vom Geflüchteten zum Aufbauhelfer **11.09.2018** Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsschüssen des Landtags NRW **11.09.2018** Weideterprämie jetzt – die deutsche Wunderschäfer retten **02.10.2018** Sexuell übertragbare Infektionen in Nordrhein-Westfalen bekämpfen – Meldepflichten einführen! **02.10.2018** Keine Doppelpmandate im Landtag NRW **02.10.2018** Duldung des Kirchenasyls in Deutschland beenden – Vereinbarung zwischen dem BAMF und der evangelischen bzw. katholischen Kirche aufkündigen **02.10.2018** Digitalisierung im Bildungsprozess konstruktiv und bildungsfördernd gestalten – gegen den Missbrauch der schulischen Digitalisierung als „trojanisches Pferd“ für die Durchsetzung wirtschaftlicher und ideologischer Interessen **02.10.2018** Export von Schlachtrindern einschränken – Mehr Tierschutz bei Tiertransporten durchsetzen! **06.11.2018** Sepsissterblichkeit nachhaltig verringern – Erstellung und Umsetzung eines landesweiten Sepsisplans **20.11.2018** Alternative Wege gehen – Pflegenotstand mit neuen Konzepten begegnen **20.11.2018** Migrationspakt stoppen – Wir entscheiden selbst, wen wir ins Land lassen! **20.11.2018** Mehr adaptiven Bevölkerungsschutz statt Klimanationalismus – Landesregierung muss Rheinverteilung auf den Weg bringen und Kohlenstoffsteuer verhindern **04.12.2018** Häuslicher Gewalt entschieden entgegengetreten – Unterstützung der Frauenhäuser in NRW stärken **04.12.2018** Wie sicher sind medizinische Implantate? Qualität evaluieren und die Sicherheit für den Patienten verbessern **04.12.2018** Zuwanderung und Asyl sind grundsätzlich voneinander zu trennen. Die Landesregierung muss sich auf allen Ebenen ausschließlich für eine qualifizierte Zuwanderung einsetzen **04.12.2018** NRW bekennet sich zum Bildungsförderalismus und lehnt Zentralisierung im Bildungsbereich ab! **15.01.2019** Lehren aus Hackerangriff ziehen – IT-Sicherheit in NRW verbessern **15.01.2019** Verpflichtender Einbau von Abbiegeassistenzsystemen in LKW und Bussen zur Reduzierung von Unfallschicksal durch „tote Winkel“ **15.01.2019** Den Arbeitern in der Automobilbranche in NRW den Rücken stärken: Förderung der E-Mobilität umgehend stoppen und Ausbeutung von Mensch und Natur unterbinden **12.02.2019** Demokratie stärken – Rote Hilfe e.V. verbieten! **12.02.2019** Altersarmut – Dunkelfeld erschließen, tatsächliche Bedarfe ermitteln **12.02.2019** Genitalverstümmelung – wirksame Hilfe für die Opfer **12.02.2019** Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen – Wir benötigen eine psychiatrische Präventionsambulanz für psychisch Kranke mit Risikoprofil **12.02.2019** Ausbruch der Blauzungenkrankheit in Nordrhein-Westfalen verhindern – Lehren aus dem letzten Ausbruch ziehen **12.02.2019** Debatte um Feinstaub und Luftreinheit verschärfen, Ideologie ausblenden, unabhängige und wissenschaftlich fundierte Untersuchungen schnellstmöglich auf den Weg bringen **15.02.2019** Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze sichern, weiteren Strompreisteigerungen entgegengetreten: Kohleverstromung erhalten **12.03.2019** Dauerwohnen in Wochenend- bzw. Ferienhausbereichen ermöglichen **12.03.2019** „Eine Zensur findet nicht statt“, auch nicht im Internet. Nein zur neuen EU-Urheberrechtsrichtlinie! **12.03.2019** Keine Sonderregelungen durch einen „Spurwechsel-Erlass“ des Integrationsministers in Nordrhein-Westfalen **12.03.2019** Der Rechtsstaat muss gewahrt bleiben – Die Rechtsprechung bindet auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalens **12.03.2019** Gender-Sprache in Nordrhein-Westfalen abschaffen – Wiederbelebung des generischen Maskulinums **02.04.2019** Tuberkuloseerkrankungen ernst nehmen und fernab jeglicher Ideologie bekämpfen **02.04.2019** Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen zum Behördenkandal im Zusammenhang mit dem publik gewordenen langjährigen und vielfachen Kindesmissbrauch auf einem Campingplatz in Lügde **02.04.2019** Grenznahe Kontrollflächen für Bundespolizei, Landespolizei und BAG schaffen **02.04.2019** IT-Infrastruktur der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen stärken – Patientenschutz sichern **02.04.2019** NRW steht zu seiner vielfältigen schulischen Infrastruktur. Der Weg der Einheitsschule ist genauso falsch wie der des Einheitslehrers **02.04.2019** NRW muss Automobil- und Industriestandort bleiben – Arbeitsplätze in NRW und bei Ford erhalten **14.05.2019** Schutz gegen Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen – „Upskirting“ muss bestraft werden! **14.05.2019** Abschaffung der Grundsteuer **14.05.2019** Bunt, bunter, Straßenblockaden! Die Landesregierung muss ein tragfähiges Handlungskonzept gegen Chaoshochzeiten vorlegen! **14.05.2019** Der Landtag muss jetzt entschlossen handeln! Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen zum Behördenkandal im Zusammenhang mit dem publik gewordenen langjährigen und vielfachen Kindesmissbrauch auf einem Campingplatz in Lügde darf sich nicht weiter verzögern! („PUA Lügde“) **14.05.2019** Gesetz zur Einführung der Zustimmungswahl für Bürgermeister und Landräte **14.05.2019** Kapitulierte der Rechtsstaat in Nordrhein-Westfalen vor den Besetzern des Hambacher Forstes? **14.05.2019** Heimische Flora und Fauna vor Windenergieanlagen schützen – Auswirkungen auf die Insektenwelt stärker erforschen **14.05.2019** Bürger schützen – NRW sagt Nein zu einer CO₂-Steuer **14.05.2019** Fehlbelegungsabgabe im sozialen Wohnungsbau wieder einführen **05.06.2019** Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen **18.06.2019** Gewalt in Gefängnissen – Die Erstellung eines Lagebilds zur Gewalt gegen Justizvollzugsbedienstete ist dringend geboten **18.06.2019** Keine weitere Zeit verlieren! Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen zum Behördenkandal im Zusammenhang mit dem publik gewordenen langjährigen und vielfachen Kindesmissbrauch auf einem Campingplatz in Lügde darf sich nicht noch weiter verzögern! („PUA Lügde“) **18.06.2019** Die Neuorganisation der sozialen Beratung von Flüchtlingen muss bereits 2020 beginnen – Zentrale Ausländerbehörden stärken – Doppelstrukturen auflösen **18.06.2019** Wissenschaft braucht Kontinuität und Perspektive. Mehr Dauerstellen an den Hochschulen des Landes! **18.06.2019** Schwimmflächen und Schwimmangebote ausweiten. Ertrinken verhindern **24.06.2019** Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie **02.07.2019** Arbeitern in der Kohleindustrie in NRW den Rücken stärken: Kein Bergmann darf ins Bergfreie fallen – der Ministerpräsident muss sein Versprechen halten! **02.07.2019** „Gestresste“ Wohnungsmärkte in

Großstädten entlasten und den ländlichen Raum stärken – Verlagerung von Hochschuleinrichtungen und Behörden **02.07.2019** Hitzeaktionspläne zur Prävention hitzeassoziierter Mortalität und Morbidität **02.07.2019** Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer **02.07.2019** Polizeiarbeit an NRW-Westgrenze – Kompetenzen stärken, vernetzen und effektiver gestalten **02.07.2019** Höfesterben bekämpfen – Landesregierung muss eine attraktive Start-up-Kultur in der Landwirtschaft schaffen und Hofübergaben erleichtern **02.07.2019** Rheinverteilung endlich konsequent umsetzen **10.09.2019** Nordrhein-Westfalen und das Ruhrgebiet brauchen eine bedeutende Immobilienmesse **10.09.2019** Medizinische Notfallversorgung bedarf keiner staatlichen Regulierung – Kompetenzen bei den Kammern belassen **10.09.2019** Temporäre Einstellung der Zusammenarbeit der Landesregierung mit dem Zentralrat der Muslime (ZMD) **10.09.2019** Gesetz zur Erhöhung der Transparenz bei Beteiligungen politischer Akteure an Medien (Medientransparenzgesetz NRW) **10.09.2019** Freie Persönlichkeitsentwicklung und Selbstbestimmung junger Mädchen sichern. Anregungen von Staatssekretärin Güler zum Verbot des „Kinderkopffuchses“ in Schulen und Kindergärten endlich umsetzen! **10.09.2019** Zukunft des Flughafens Düsseldorf und Lärmschutz für die Anwohner in Einklang bringen – Mobilitätsbedürfnisse der Bürger dauerhaft sichern – Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ermöglichen **01.10.2019** Der Forstwirtschaft in NRW unbürokratisch helfen – Hilferufe der nordrhein-westfälischen Waldbauern und Förster ernst nehmen **01.10.2019** Unsere Kinder vor den Fehlern der Vergangenheit schützen – einen neuen Conterganskandal verhindern! **01.10.2019** Einstellung der finanziellen Förderung des Flüchtlingsrats NRW durch das Land Nordrhein-Westfalen – Beendigung der Zusammenarbeit durch die Landesregierung **01.10.2019** Rettet die Handschrift – eine Offensive für die menschliche Kommunikation! **01.10.2019** Bürger in NRW vor Bevormundung und Abzocke schützen – Belastungen durch das „Klimakabinett“ stoppen! **05.11.2019** Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) **05.11.2019** Transparenz in der kommunalen Demokratie stärken – Beratungen von Räten und Kreistagen digital veröffentlichen! **05.11.2019** „Die Geister, die ich rief...“ – Der „Generation Antifa“ an den Hochschulen muss Einhalt geboten werden! **05.11.2019** Notstand der Bauern – Bundesweite Bauernproteste gegen die Agrarpläne der Bundesregierung **05.11.2019** Stromversorgung sichern, Arbeitsplätze erhalten – notwendige Kraftwerksleistung als Grundlage des Wirtschaftsstandortes NRW erhalten! **19.11.2019** Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber und Ausreisepflichtige in Landeseinrichtungen **19.11.2019** Gesetz zur Erhöhung der Transparenz von Veranstaltergemeinschaften des lokalen Hörfunks (Lokalhörfunk-Transparenzgesetz NRW) **19.11.2019** Pudelwohl im fremden Land! Endlich wirksame Bekämpfung von invasiven Neobiota ermöglichen und heimische Ökosysteme schützen **19.11.2019** Der Freiheit auf der Spur: Grüne Welle statt Stauspur und Tempo 30 – ideologiefreie Mobilität und Individualverkehr erhalten – Verkehrsexperimente zu Lasten der Pendler beenden **10.12.2019** Die Psychosoziale Prozessbegleitung als reguläres Mittel des Opferschutzes im Strafverfahren durchsetzen **10.12.2019** Forschungskompetenz in den Bereichen Kerntechnologie und Kernsicherheitsforschung muss in Nordrhein-Westfalen erhalten bleiben **10.12.2019** Akuter Brückennotstand – NRW braucht eine Offensive für Brückensanierungen **14.01.2020** „Get Brexit done!“ – NRW muss schnell und entschlossen auf das britische Wahlergebnis reagieren und Mehrkosten für den deutschen Steuerzahler verhindern! **14.01.2020** Armutsrisiko Pflegekosten – Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen finanziell entlastet werden **14.01.2020** Einsetzung einer Enquete-Kommission „Einsamkeit“ zur Bekämpfung sozialer Isolation in Nordrhein-Westfalen und der daraus resultierenden physischen und psychischen Folgen auf die Gesundheit **14.01.2020** Herkunftsnennung jetzt, immer und überall – Für möglichst wirkliche soziale Pressemitteilungen der Strafverfolgungsbehörden in Nordrhein-Westfalen! **14.01.2020** Abschiebeinitiative 2020 – Stärkung der Zentralen Ausländerbehörden **14.01.2020** Gesetz zur stärkeren Verankerung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Arbeit des Westdeutschen Rundfunks (FDGO-WDR-Gesetz) **04.02.2020** „Nacht der Solidarität“ auch für Obdachlose in Nordrhein-Westfalen – niemand darf aus dem System fallen **04.02.2020** Medizinische Versorgung von Radiopharmaka in Nordrhein-Westfalen sicherstellen! **04.02.2020** Alkoholismus – wenn Prävention zu spät kommt **04.02.2020** Den Opfern die Hand reichen – Die Nebenklage als Instrument des Opferschutzes ausbauen! **04.02.2020** Forschungsfreiheit mit Leben erfüllen – Die Annahme von Drittmitteln durch private Geldgeber braucht versierte fachliche Überprüfung **04.02.2020** Entlastung für unsere Grundschulen – VERA-Verfahren abschaffen! **03.03.2020** Bargeld ist gedruckte Freiheit! 1- und 2-Cent-Münzen nicht abschaffen! **03.03.2020** Medikamentenversorgung in Nordrhein-Westfalen sicherstellen – Lieferengpässen entgegenwirken **03.03.2020** Verbesserte Entgeltfortzahlung für Eltern bei persönlicher Betreuung kranker Kinder **03.03.2020** Stoppt die Zeitungs-GEZ! NRW muss sich einer weiteren Verstaatlichung der Medienlandschaft entgegenstellen und die Medienhoheit der Länder verteidigen! **03.03.2020** Illegale Waffen verbieten – Die freiwillige Abgabe von Waffen muss strafrei bleiben **03.03.2020** Windenergieplan des CDU-Bundeswirtschaftsministers stoppen – Bürgerinitiativen ernst nehmen – Mindestabstand für Windenergieanlagen auf 1.500 Meter bundesweit erhöhen! **12.03.2020** Subventionen gezuckerter Milchprodukte stoppen – Das Schulinchprogramm muss neu konzipiert werden und die Gesundheit unserer Kinder in den Fokus rücken! **24.03.2020** Entschlossen, schnell und solidarisch – so meistern wir die Corona-Krise! **24.03.2020** 20 Jahre „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ – EEG Kartell endlich beenden, Verbraucher und Unternehmen entlasten! **21.04.2020** Moratorium für das Prestigeprojekt „Erweiterung des Landtags“ **21.04.2020** Keine Vertiefung der Schuldunion! „Corona-Bonds“ ablehnen! **21.04.2020** Gemeinsam gegen das Virus – Handlungen brauchen wissenschaftliche Grundlagen **21.04.2020** Coronaschutzverordnung: Willkür beenden – NRW wieder „aufmachen“! **21.04.2020** Ausnahmezustand in NRW als Folge der Coronavirus-Pandemie – Die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Migranten aus Griechenland ist sofort einzustellen **21.04.2020** „Stärkungspakt Luftverkehr“: Arbeitsplätze an Flughäfen und bei Fluggesellschaften während und nach der Coronakrise sichern – Sofortmaßnahmen ermöglichen und Luftverkehrsteuer abschaffen **21.04.2020** „Stärkungspakt Automobilindustrie“: Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie erhalten – Die schlimmste Krise in Deutschlands Schlüsselindustrie ernst nehmen – Maßnahmen zum Schutz vor Brüssel belastenden „Klimaschutz“-Vorgaben und Strafzahlungen ergreifen! **21.04.2020** Rettet die Gastronomie! Die Landesregierung muss ein Rettungspaket für das Gastgewerbe und die Brauereien schnüren! **18.05.2020** Gesetz zur Erleichterung der Teilnahme an den Kommunalwahlen während der Corona-Pandemie (Kommunalwählerleichterungsgesetz NRW) **19.05.2020** Stärkungspakt Individualverkehr – Motorisierten Individualverkehr schützen und bedarfsgerecht fördern **19.05.2020** Unabhängigkeit deutscher Gerichte bewahren – Einflussnahme aus und für Brüssel unterbinden! **19.05.2020** Todesursache Coronavirus – eine valide Datenbasis erstellen als Ausweg aus dem Dschungel der Erlasse und Verordnungen **19.05.2020** Nein zu Enteignungsphantasien, zu einmaligen Zwangsvermögensabgaben und zu einer Wiedereherbung der Vermögenssteuer. Diskussionen über derartige Maßnahmen sind Gift für einen notwendigen Aufschwung nach der Corona-Krise **19.05.2020** Fokus auf das wirklich Wichtige in Zeiten von Corona. Prioritäten bei den Staatsausgaben in NRW! **19.05.2020** Kinderschutz stärken – interkollegialen Austausch von Kinderärzten bei Verdacht auf Kindesmisshandlungen ermöglichen – jetzt! **19.05.2020** Die Kita-Öffnung für alle Kinder in NRW duldet keinen Aufschub mehr! **19.05.2020** Corona-Solidarität auch beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk – Gebührenerhöhung stoppen! **19.05.2020** Schulen in NRW sofort öffnen – Kinder und Jugendliche aus der Geiselhaut einer Angstpsychose befreien! **19.05.2020** Sofortige Beendigung der Corona-Maßnahmen für den Freizeit- und Breitensport einschließlich der Übergangsmaßnahmen und Rückkehr zum normalen Spiel- und Wettkampfbetrieb im Kinder- und Jugendbereich **16.06.2020** Wohnungsleerstände im ländlichen Raum mobilisieren – Verdrängung auf den städtischen Wohnungsmärkten mildern **16.06.2020** Auf dem linken Auge blind: Der Verfassungsschutz darf reziproke Bezüge zwischen Grüner Jugend, den Jusos und dem Phänomenbereich des Linksextremismus nicht weiter ignorieren! **16.06.2020** Grundgesetz und Verfassung gelten auch in Köln: Kapitulation der Polizeiführung vor dem organisierten Antifa-Terrorismus beenden! **16.06.2020** Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen **16.06.2020** Die Gewaltenteilung stärken – Die Reform der Selbstverwaltung der Judikative in Nordrhein-Westfalen **16.06.2020** Freispruch für den Diesel – Die Corona-Pandemie offenbart eklatante Fehler bei der Beurteilung der Schadstoffbelastung durch Stickstoffdioxid **16.06.2020** Die Freiheit der Motorradfahrer schützen **16.06.2020** Reisewirtschaft unterstützen – Gerechter Lohn für harte Arbeit – endlich coronabedingte Umsatzeinbußen der kleinen Veranstalter und Provisionsverluste der Reisebüros ausgleichen! **18.08.2020** Verbindungen zwischen den Missbrauchscomplexen „Lügde“, „Bergisch Gladbach“ und weiteren Täterstrukturen bzw. Täternetzwerken – Erweiterung des Untersuchungsauftrages des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses IV (Kindesmissbrauch) **18.08.2020** Verbindungen zwischen den Missbrauchscomplexen „Lügde“ und „Münster“? – Erweiterung des Untersuchungsauftrages des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses IV (Kindesmissbrauch) **18.08.2020** Missbrauch der EU-Freizügigkeit verhindern – Rechte der Ausländerbehörden stärken **18.08.2020** Maskenzwang an den Schulen in NRW sofort aufheben – Kinder und Jugendliche aus der Geiselhaut einer Angstpsychose befreien! **18.08.2020** Einführung der bundesweiten Fleischsteuer verhindern – Tierschutz nicht für die Staatskasse – Aufklärung der Verbraucher muss an erster Stelle stehen! **18.08.2020** Sofortiges Handeln zur Reduktion der Unfallopferzahlen durch LKW-Abbiegeunfälle in NRW – Jedes Opfer ist eines zu viel! **08.09.2020** Gesetz über die Gewährung von Wertschätzungsprämien und die Stiftung von Ehrenzeichen im Brand- und Katastrophenschutz (Prämien- und Ehrenzeichengesetz – PrEg) – Wertschätzung für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte! **08.09.2020** Passende Sprachkurse für qualifizierte Zuwanderer – NRW muss Fachkräfte und besonders deren Familienangehörige beim Start ins Berufsleben und in den Schulalltag besser unterstützen **08.09.2020** Rechte und Bedürfnisse von Kindern mahnend in den Fokus rücken – den Weltkindertag am 20. September zum gesetzlichen Feiertag erklären! **08.09.2020** Gesetz zur Erweiterung von Auskunftsrechten auf Mitglieder der Medienkommission gegenüber der Landesanstalt für Medien (Auskunftsrechte-Erweiterungsgesetz Medienkommission NRW) **08.09.2020** Der Wolf stellt eine Gefahr für Menschen und Tiere dar – Landesregierung muss endlich handeln und das Wolfsmanagement revidieren **08.09.2020** Die Verfahrensbeschleunigung beim Windindustriebau belastet Grundstückseigentümer und führt zu unkalkulierbaren Gesundheitsrisiken – Der Entwurf des Investitionsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung belastet Mensch und Natur **29.09.2020** Mit gutem Beispiel vorangehen – verantwortungsvoller Umgang mit Corona statt existenzieller Panikmache! **29.09.2020** Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung im Zusammenhang mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 und der Erkrankung Covid-19 gemäß Artikel 41 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen **29.09.2020** Die Privatsphäre der Bürger darf kein Corona-Opfer werden! Der staatliche Zugriff auf Gästelisten muss auf Infektionsschutzmaßnahmen beschränkt sein. **29.09.2020** Der Justiz die Augen öffnen. Gute Statistik führt zu mehr Effektivität **29.09.2020** Mobbing und Gewalt an Schulen – Wir brauchen eine valide Datenbasis! **29.09.2020** Absturz des Schweinepreises und Totalausfall beim Drittlandexport – Die Krise auf dem Fleischmarkt endlich aus der Sicht der Schweinehalter sehen! **29.09.2020** Industriepolitik statt „Klima“-Politik – Die Landesregierung muss sich gegen die industriefeindlichen Vorschläge der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen wehren! **03.11.2020** Arbeitslosigkeit – was ist der Landesregierung ein erneuter Lockdown wert? **03.11.2020** Lebensqualität, Alltag und Sicherheit zurückgeben – Sofortige Einrichtung einer 7-Tage-Quarantäne für Ein- und Rückreisende **03.11.2020** Dem Vorbild Frankreichs folgen – Gefährder abschieben **03.11.2020** Kinder und Jugendliche brauchen ihre sozialen Kontakte und Sportangebote auch während der Corona-Pandemie! **03.11.2020** Kultur-Lockdown sofort aufheben – Theater, Opern- und Konzerthäuser sowie Museen und Kinos sind keine Infektionsorte **03.11.2020** Die zweiten Beschränkungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie dürfen nicht den Rechtsstaat gefährden **03.11.2020** Maskenzwang an den Schulen in NRW sofort aufheben! **03.11.2020** NRW muss sich der verordneten Prohibitionsstimmung durch Kanzlerin Merkel widersetzen! Wir sind als Parlament in der Verantwortung, die Unantastbarkeit der Grundrechte unserer nordrhein-westfälischen Bürger zu schützen **03.11.2020** Der Sport darf nicht das Opfer einer verfehlten Lockdown-Politik werden – ohne Sport fehlt uns mehr als nur Bewegung! **03.11.2020** Für die Flugbranche und Reisende: Corona-Testzentren an Flughäfen beibehalten **03.11.2020** Schluss mit der Existenzvernichtung auf Verdacht! Lockdowns und Sperrstunden in der Gastronomie beenden! **03.11.2020** Führung in Verantwortung für das Beherbergungsgewerbe statt Corona-Hysterie – Gewerbefreundliche Corona-Maßnahmen beenden! **17.11.2020** Von der Illusion zur Realität – Mangel im sozialen Wohnungsbau gerecht verteilen **17.11.2020** Präventionsangebote schaffen – psychische Gesundheit in den Vordergrund stellen **17.11.2020** Unser Land, unsere Regeln – Türkische Nationalisten auf deutschem Boden in ihre Schranken weisen, Graue Wölfe verbieten! **17.11.2020** Pflanzen brauchen Licht, Wasser und CO₂, zum Waschen! Corona- und Klimaschutzmaßnahmen für die Gartenbaubranche sofort beenden! **17.11.2020** Schaulsteller und Veranstaltungsbranche mit saisonalem Geschäft nicht im Regen stehen lassen – passgenaues Corona-Hilfsprogramm statt löchrigem Regenschirm! **17.11.2020** Weihnachten ohne Lockdown! Das Fest der Familie darf Corona nicht zum Opfer fallen! **08.12.2020** Konsequenzen aus dem Waldzustandsbericht 2020 ziehen – Fördervergabe verbessern und mehr Forstpersonal einstellen **10.12.2020** Innovatives Bauen: vom BIM („Building Information Modeling“) bis zum 3D Druckverfahren fördern **10.12.2020** Gesetz zur Änderung des § 58 der Gemeindeordnung und des § 41 der Kreisordnung des Landes Nordrhein-Westfalen **19.01.2021** Verantwortungsvoll handeln in Zeiten von Corona: Ferienhäuser und -wohnungen mit angemessenen Hygienekonzepten öffnen **19.01.2021** Exit Strategie erarbeiten – der Weg aus der Krise **19.01.2021** Gleichbehandlungsgesetz durchsetzen – Entstigmatisierung von Menschen mit Behinderung, die aus gesundheitlichen Gründen keine Maske tragen können, vorantreiben! **19.01.2021** Bibliotheken sind Bildungs- und Kulturorte: Wir müssen sie im Sinne unserer Schüler, unserer Studenten und aller Interessierten öffnen! **19.01.2021** Bildungsnotstand verhindern: Schulen in NRW zum zweiten Halbjahr am 01. Februar 2021 öffnen und den Präsenzunterricht vollumfänglich wieder aufnehmen! **19.01.2021** Der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen erinnert voller Anerkennung an die Gründung des Deutschen Reichs vor 150 Jahren am 18. Januar als Grundlage



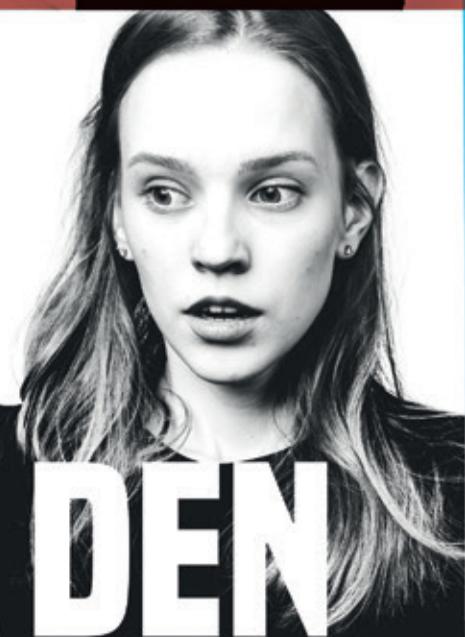
JA,



ICH



WILL



DEN



NE



UEN



BLICKWINKEL



Sie möchten unser kostenloses Magazin BLICKWINKEL abonnieren und in Zukunft portofrei nach Hause geschickt bekommen? Dazu bitte einfach die beiliegende Postkarte ausfüllen und an uns zurücksenden.

Sie können unser Magazin auch online abonnieren. Der nebenstehende QR-Code führt Sie direkt auf die Anmeldeseite: afd-fraktion.nrw/blickwinkel